

## PROTOKOLL NR. 278

### über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	19. Mai 2005
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	29 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Einwohnerrat Heiri Niederberger (bis 19.00 Uhr; beruflich) Einwohnerrätin Silvia Simoes-Bolliger (beruflich) Einwohnerrat Beat Imboden (ab 18.00 Uhr; beruflich)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann
Dauer der Sitzung:	16.00 Uhr - 20.30 Uhr

#### Traktanden

---

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest. Sie weist darauf hin, dass dem Büro beim Planen und Erstellen der Traktandenliste ein Dringliches Postulat auf die Liste "gerutscht" sei, welches just vor der abgesagten Sitzung im April eingegangen war. Die Dringlichkeit sei somit im Rat gar noch nicht behandelt worden. Sie möchte sich im Namen des Büros für dieses Versehen entschuldigen. Sie schlage deshalb vor, dass über die Dringlichkeit dieses Dringlichen Postulates Nr. 553/2005 ebenfalls heute entschieden werde. Falls die die Dringlichkeit dann nicht gegeben wäre, würde sie dieses Postulat in der Folge abtraktandieren. Sie danke für das Verständnis.

#### **Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann weist darauf hin, dass der Rat heute nun über die Dringlichkeit dreier Vorstosses zu entscheiden habe. Es handle sich um das Dringliche Postulat Nr. 553/2005, Hans-Ruedi Jung, CVP: "Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt", weiter um das Dringliche Postulat Nr. 555/2005, Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnender: "Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg" sowie um das Dringliche Postulat Nr. 556/2005, Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: "Sanierung Seebad Horw". Sie bitte den Postulanten Hans-Ruedi Jung um Begründung der Dringlichkeit.

Hans-Ruedi Jung erscheint die Dringlichkeit deshalb gegeben, da die entsprechenden Massnahmen für diese Tankstelle und den Tankstellenshop Pilatusmarkt bereits in Vorbereitung seien, das Terrain sei praktisch so vorbereitet, dass man bald mit den Bauarbeiten beginnen könnte. Er sei der Auffassung, das nicht einfach so geschehen zu lassen, zumal es sich um eine grundsätzliche Änderung des Bebauungsplanes handle, andererseits sei die Gemeinde Horw unmittelbar vom Verkehr zu und von dieser Tankstelle und des Tankstellenshops betroffen sei. Das führe auch zu grösseren Problemen zur Zufahrt bis zum Ökihof und weil die Frist für das Baugesuch an und für sich bereits kurz nach Ostern abgelaufen sei, sei er der Meinung, den Vorstoss dringlich zu behandeln, damit der Gemeinderat, wenn nicht bereits erfolgt, die notwendigen Schritte in die Wege leiten könne.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi vertritt namens des Gemeinderates die Auffassung, dass der Postulant beim Gemeinderat offene Türen eingernannt habe, man sei sich der Dringlichkeit bewusst und opponiere nicht dagegen.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann schlägt vor, das Traktandum wie vorgesehen in der Traktandenliste unter 4. zu behandeln.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

**Das Dringliche Postulat Nr. 553/2005 "Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt" wird somit wie vorgesehen unter Traktandum 4 behandelt.**

Hans-Ruedi Jung nimmt stellvertretend für die entschuldigte Silvia Simoes-Bolliger zur Dringlichkeit des Dringlichen Postulates Nr. 555/2005 "Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg" Stellung. Eventuell renne er mit dem Postulat von Silvia Simoes-Bolliger weitere "offene Türen" ein, doch der Vorstoss verlange, beim Kirchweg ein Lastwagenverbot zu erstellen und auch durchzusetzen. Die Problematik sei bekannt, man habe langsamen Verkehr auf einem Teil der umgebauten Kantonsstrasse, was zur Folge haben, dass einige Lastwagenfahrer bewusst oder unbewusst an diesem Fahrverbot durch das Dorf durch anstünden, und danach den Umweg über den Kirchweg nähmen. Als der Einwohnerrat seinerzeit den Baukredit für das Bauvorhaben "Beruhigung Kantonsstrasse" sprach, ging man natürlich nicht davon aus, dass ein solcher Umweg benützt würde. Die Dringlichkeit sei dadurch gegeben, dass nun diese Lastwagen dauernd auf dem Kirchweg fahren. Massnahmen müssten rasch getroffen werden, sie wurden teilweise auch schon getroffen, wie er bemerken konnte.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält auch hier namens des Gemeinderates fest, dass die "Türen ganz weit offen" seien. Wenigstens provisorisch stehe eine Signalisation, der Gemeinderat opponiere auch hier nicht der Dringlichkeit.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann schlägt vor, das Traktandum wie unter 5. in der Traktandenliste zu behandeln. Die nachfolgenden Traktanden werden sich entsprechend verschieben.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

**Das Dringliche Postulat Nr. 555/2005 "Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg" wird somit unter Traktandum 5 in der Traktandenliste eingefügt.**

Robert Odermatt hält fest, dass der Zustand der Fassaden beim Seebad Horw, gelinde gesagt, unansehnlich sei. Die Fotos, welche dem Postulat mitgeliefert wurden, sprechen mehr als tausend Worte. Dieser Zustand sei nicht neu, doch jetzt, wo die Rodungsarbeiten für die neuen Sportanlagen im Gange seien, komme diese Fassade so richtig in Geltung. Die Baufälligigkeit werde wahrscheinlich niemand bestreiten. Je schneller das Postulat überwiesen sei, umso schneller habe der Gemeinderat die Möglichkeit, dem Einwohnerrat eine gute Lösung vorzulegen. Wenn man heute der Dringlichkeit zustimme, dann sei die Variante viel grösser, dass man sich bei der Eröffnung des neuen Sportplatzes nicht schämen müsse. Aus diesen Gründen könnte wohl das Postulat noch zwei bis drei Monate warten; was aber nicht warten könne, sei der Punkt 2 des Postulates, nämlich die Parkplatzsituation. Nächste Woche sei man zum Spatenstich zum Sportplatz eingeladen, und die Badesaison habe ebenfalls begonnen. Die Parkplatzsituation für das Seebad Horw sei sehr sehr schlimm, das sei für das Seebad Horw ein existentieller Punkt. Die Gemeinde müsse für eine zufriedenstellende Lösung besorgt sein. Jeder Franken, welcher das Seebad weniger einnehme, müsse früher oder später die Gemeinde bezahlen. Es sei auch nicht möglich, einfach beim Technikum zu parkieren. Er bitte den Rat, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält fest, dass für den Gemeinderat, gerade wegen den Parkplätzen, unbestritten sei. Der Gemeinderat sei bereit, das Postulat entgegen zu nehmen bzw. der Dringlichkeit zuzustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann schlägt vor, das Traktandum wie unter 6. in der Traktandenliste zu behandeln. Die nachfolgenden Traktanden werden sich entsprechend verschieben.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

**Das Dringliche Postulat Nr. 556/2005 "Sanierung Seebad Horw" wird somit unter Traktandum 6 in der Traktandenliste eingefügt.**

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. B+A Nr. 1307 Verwaltungsrechnung 2004 der Einwohnergemeinde
2. B+A Nr. 1308 Verwaltungsrechnung 2004 der Bürgergemeinde
3. Pause  
anschliessend Fragestunde
4. Nr. 553/2005 Dringliches Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt
5. Nr. 555/2005 Dringliches Postulat Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnender: Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg
6. Nr. 556/2005 Dringliches Postulat Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Sanierung Seebad Horw
7. Nr. 550/2005 Postulat Roger Jenni, FDP: Verslummung des Ladenmixes entlang der Kantonsstrasse
8. Nr. 515/2005 Interpellation Heinz Sigrist, FDP, und Mitunterzeichnende: Förderung von "Horw Zentrum"
9. Nr. 509/2004 Interpellation Sacha Woodtli, SVP, und Mitunterzeichnende: Millionengeschenke für reiche Steuerflüchtlinge
10. Nr. 510/2004 Interpellation Heinz Sigrist, FDP, und Mitunterzeichnende: Entsorgung im Ökihof durch Auswärtige
11. Nr. 506/2004 Interpellation Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Überprüfung der Kundenfreundlichkeit beim Bauamt

### **Mitteilungen der Präsidentin**

---

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann kann heute, quasi mit Latein "habemus Grossrat" Thomas Zemp, CVP, zur Wahl in den Grossen Rat des Kantons Luzern herzlich gratulieren. Ferner gibt sie bekannt, dass sie den Rat an folgenden Anlässen habe vertreten können:

- |                 |  |
|-----------------|--|
| 5. April 2005:  | Eröffnung von Otto's   |
| 9. April 2005:  | Jodlerabend Jodlerclub "Heimelig" Horw                             |
| 14. April 2005: | Vergabe von Anerkennungen von Sportlerinnen und Sportlern von 2004 |
| 30. April 2005: | Jubiläumsfest 25 Jahre Ludothek Horw                               |
| 27. April 2005: | Generalversammlung Gewerbeverein Horw                              |
| 3. Mai 2005:    | Generalversammlung Genossenschaft Papiermühle Horw                 |
| 14. Mai 2005:   | Theaterpremiere "Theater am See Kastanienbaum"                     |

Sie teilt ferner mit, dass sie seit der letzten Sitzung 35 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen habe gratulieren dürfen.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann möchte den Rat an dieser Stelle über die Tätigkeit der einwohnerrätlichen Bürgerrechtsdelegation informieren. An deren Sitzungen vom 21. März 2005 bzw. 2. Mai 2005 habe die Delegation insgesamt acht Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert. Sechs Personen davon seien serbisch-montenegrinischer, eine Person mazedonischer und eine weitere Person bosnisch-herzegowinischer Herkunft.

### **Neueingänge**

---

- |                 |  |
|-----------------|--|
| 30. März 2005:  | Postulat Urs Hediger, CVP, und Mitunterzeichnende: Für einen Einfränklerstag im öffentlichen Verkehr                 |
| 2. April 2005:  | Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP, und Mitunterzeichnende: Ausleihe Horwerhalle  |
| 16. April 2005: | Dringliches Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP, und Mitunterzeichnende: Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt       |
| 21. März 2005:  | Postulat Urs Hediger, CVP, und Mitunterzeichnende: Betagtenwohnungen im Horwer Zentrum                               |
| 3. Mai 2005:    | Dringliches Postulat Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnender: Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg |
| 12. Mai 2005:   | Interpellation Niklaus Bucher, CVP, und Mitunterzeichnende: Ein schönes, sauberes Horw                               |
| 18. Mai 2005:   | Postulat Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Sanierung Seebad Horw   |

18. Mai 2005: Postulat Beatrice Buholzer-Stierli, FDP, und Mitunterzeichnende: Sauberkeit als Visitenkarte von Horw

## Rechtskraft

---

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

## Protokoll

---

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann teilt mit, dass gegen das Protokoll Nr. 277 der Sitzung vom 17. März 2005 eine schriftliche Einsprache eingegangen sei. Hans-Ruedi Jung sehe sein Votum auf Seite 22 an zwei Stellen sinnverkehrt wiedergegeben.

Hans-Ruedi Jung hält fest, dass es sich um folgende Passagen handle:

"Protokoll:

Er gebe aber jenen Recht die sagen, dass eine Autobahn oder Eisenbahn irgendwo gebaut werde, sondern...

Die Aussage war:

Er gebe aber jenen Recht die sagen, dass eine Autobahn oder Eisenbahn nicht irgendwo gebaut werden, sondern...

Protokoll:

Nicht einfach bewilligen, aber dem Gesuchsteller, welcher Land von der Gemeinde in Anspruch nehmen wolle, nachweisen, dass es nötig...

die Aussage war:

Nicht einfach bewilligen, aber der Gesuchsteller, welcher Land von der Gemeinde in Anspruch nehmen wolle, müsse nachweisen, dass es nötig..."

Er bitte die Ratsmitglieder, dem Antrag, welcher selbstredend sei, zuzustimmen; wer Zweifel daran habe könne mit Bewilligung der Ratspräsidentin Rücksprache mit dem Protokollführer nehmen. Er sei dankbar, wenn man dieser Änderung zustimmen könne.

### **Gegen die Einsprache von Hans-Ruedi Jung gibt es keine Opposition.**

Das Protokoll Nr. 277 gilt somit, unter Berücksichtigung der Einsprache von Hans-Ruedi Jung, als genehmigt.

## Traktandum 1

### **B+A Nr. 1307: Verwaltungsrechnung 2004 der Einwohnergemeinde**

---

#### Eintreten

Thomas Zemp hält im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass sich die Rechnung 2004 der Einwohnergemeinde mit einem Ertragsüberschuss von 5,17 Mio. Franken sehr erfreulich präsentiere. Die GPK habe trotzdem den vorliegenden Bericht und Antrag eingehend mit sämtlichen Gemeinderatsmitgliedern ressortbezogen und mit dem Finanzsekretär besprochen, diverse Fragen konnten diskutiert und geklärt werden. Es gab keine grösseren Punkte, welche unklar gewesen wären, und die Unterlagen seien recht sauber verfasst worden, die Kommentare seien integriert worden. Das Rechnungsergebnis lasse sich mit folgenden Eckdaten zusammenfassen: Die Laufende Rechnung 2004 schliesse mit einem Ertragsüberschuss von 5,17 Mio. Franken ab, das sei im Vergleich zum Voranschlag ein Ergebnis, welches rund 6,5 Mio. Franken besser sei. Die Investitionsrechnung schliesse mit Nettoinvestitionen von 2,65 Mio. Franken ab, das seien 6,8 Mio. Franken weniger als budgetiert. Der Finanzierungsüberschuss, resultierend aus diesen beiden Rechnungen, betrage dann noch 4,206 Mio. Franken, das sei wiederum, verglichen mit dem Budget, eine wesentliche Abweichung, denn dort hatte man einen Finanzierungsfehlbetrag von 9 Mio. Franken gehabt. Ein Blick in die Bilanz zeige, dass die Nettoverschuldung von 9,7 Mio. Franken auf eine halbe Million abgenommen habe, dass die langfristigen Schulden jedoch von 8,9 Mio. Franken auf 17 Mio. Franken zugenommen hätten. Man dürfe festhalten, dass die Einwohnergemeinde sehr gute und erfreuliche Zahlen vorweise. Wenn man nun Rechnung und Budget miteinander vergleiche, so stelle man fest, dass bei all diesen Zahlen massive Abweichungen zu sehen seien. Die Gründe seien im wesentlichen fünf an der Zahl. Stichwort Landverkauf: Zwar gab es einen geplanten, jedoch nicht budgetierten Landverkauf im Ortskern, welcher zu einem Buchgewinn von ca. 3 Mio. Franken führte. Stichwort Handänderungs-, Grundstück-

gewinn- und Erbschaftssteuern: Diese Sondersteuern brachten Mehreinnahmen von rund 2,2 Mio. Franken. Stichwort Personalkosten: In der Folge einer zu hohen Budgetierung seien diese um Fr. 800'000.00 tiefer ausgefallen. Stichwort Bilanzbereinigung: Diverse Vorfinanzierungen wurden nun aufgelöst während des Jahres 2004. Als letztes, Stichwort Investitionsrechnung: Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo man jeweils in der Investitionsrechnung das ausgewiesen hatte, welches im Budget beschlossen wurde, ging man nun dazu über, lediglich noch das aufzuzeigen, was man auch tatsächlich investiere und keine grossen Rückstellungen mehr mache. Vielfach hatte man die Situation, dass man beispielsweise 4 Mio. Franken ausgab, als Verwaltungsvermögen aktivierte, aber dann bei den Rückstellungen über 3,5 Mio. Franken verfügte, da man mit den Bauarbeiten noch nicht begonnen hatte. Das seien die fünf wichtigsten Punkte, die aufzeigen, weshalb die Rechnung 2004 schwierig vergleichbar mit der vorangehenden Rechnung und mit den entsprechenden Finanzkennzahlen. Auf der Einnahmenseite sei der Nettoertrag der Gemeindesteuern mit 25,4 Mio. Franken eigentlich genau nach Budget verlaufen, der Ertrag aus dem laufenden Jahr nehme aber langsam wieder zu, dafür nehmen die Nachträge aus früheren Jahren ab und erreichen nicht mehr die budgetierten Werte. Vermögenserträge aus Guthaben, Entgelten, Rückerstattungen an das Gemeinwesen und Beiträge für die eigene Rechnung hätte ebenfalls Mehreinnahmen von knapp 1 Mio. Franken gegeben. Auf der Ausgabenseite stelle man fest, dass der Personalaufwand Fr. 800'000.00 unter Budget ausgefallen war. Gegenüber dem Vorjahr war es aber eine Zunahme von einer halben Million oder knapp 2,5 %, das sei auch realistisch und begründbar. Der Sachaufwand habe das Budget um Fr. 430'000.00 überschritten, die Begründungen dazu ersehe man aus der Rechnung. Trotzdem liege er um einiges tiefer gegenüber dem Vorjahr. Im Rechnungsjahr 2004 seien Abschreibungen von 1,88 Mio. Franken auf dem Verwaltungsvermögen gemacht worden, deren Fr. 478'000.00 auf dem Finanzvermögen. Im Rahmen des Antrages für die Gewinnverwendung sehe der Gemeinderat nochmals zusätzliche Abschreibungen von Fr. 375'000.00 auf dem Verwaltungsvermögen und 1 Mio. Franken beim Finanzvermögen. Durch die Auflösung von Vorfinanzierungen und Entnahmen aus Fonds habe es dazu geführt, dass nochmals Abschreibungen von 9,56 Mio. Franken gemacht wurden; alles in allem ergebe dies Abschreibungen von 13,3 Mio. Franken, das sei massiv. Die Limite für den Gemeinderatskredit errechne sich aus den budgetierten Steuereinnahmen beider Gemeinden, sie betrage für das Jahr 2004 1,77 Mio. Franken, mit gesprochenen Krediten von total 1,52 Mio. Franken, verteilt knapp 1,4 Mio. Franken bei der Einwohnergemeinde und ca. Fr. 80'000.00 bei der Bürgergemeinde, sei die Kreditlimite nicht vollständig ausgeschöpft worden. Abschliessend möchte er im Namen der GPK dem Gemeinderat und dem Finanzsekretär und der Verwaltung allgemein den Dank aussprechen und zu diesem guten Resultat gratulieren. Er denke, dass das Jahr 2004 wirklich erfreulich sei; wenn auch klar sei, das es mindestens teilweise Sondereffekte seien, welche man nicht jedes Jahr erwarten könne. Die GPK sei somit für Eintreten, werde aber dann bei der Detailberatung einen anderen Antrag für die Verwendung des Ertragsüberschusses vorschlagen.

Hans-Ruedi Jung hält im Namen der CVP-Fraktion fest, dass die Rechnung 2004 ein erfreuliches Resultat vorweise. Mit Freude nahm man zur Kenntnis, dass sich die damalige Budgetdisziplin bei der Einwohnergemeinde gelohnt habe. Die Sondereffekte seien bekannt, wenn jeweils auch nicht genau kalkulierbar, und deshalb könne man sich auch in Zukunft nicht auf diese verlassen. Man werde auch diesbezüglich stets wieder mit Überraschungen rechnen müssen. Er hoffe natürlich, im Sinne von positiven Überraschungen. Die Verwendung des Ertragsüberschusses habe auch in den CVP-Reihen zu reden gegeben, sie sei nicht unbestritten. Ein Antrag dazu folge in der Detailberatung. Bei einem Ausblick in die Zukunft müsse man dennoch schauen, wie sich die Finanzen in etwa entwickeln könnten. Sehr wohl wisse er, dass jetzt nicht schon der Zeitpunkt gekommen sei, über das Budget 2006 zu diskutieren. Doch wissend, dass der Budgetprozess innerhalb der Verwaltung und des Gemeinderates bereits angelaufen sei, werde man sich Gedanken darüber machen müssen, wie das weiter gehen soll mit diesen Ertragsüberschüssen, auch wenn wohl nicht genau kalkulierbar seien, aber in einem gewissen Ausmass erwartbar seien. Man müsse sich überlegen, ob man nicht im Herbst über eine Steuersenkung nachdenken müsste. Das müsse aber gut überlegt sein, eine Steuersenkung ziehe immer auch Folgen mit sich, insbesondere mit dem neuen Finanzausgleich, wo die Gemeinde im doppelten Sinne Ertragsausfälle zu verzeichnen hätte, aber er meine, über eine moderate Steuersenkung dürfte man im Herbst dann sprechen.

Heinz Sigrist erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass auch diese an der guten Rechnung 2004 Freude gehabt habe. Man störte sich einzig daran, dass der Buchgewinn, welcher aus dem Landverkauf entstanden sei, nicht budgetiert wurde; man hätte das tun können, denn dieser Verkauf war bekannt, das sei nicht neu. Die Rechnung sei erfreulich, jedoch dürfe man die Gründe für den guten Abschluss nicht überbewerten. Mit einem solchen Buchgewinn und auch mit so hohen Sondersteuern könne man nicht jedes Jahr rechnen, das seien Ausnahmefälle gewesen. Man müsse also weiterhin auf der Hut sein, dass mit unseren Steuergeldern umsichtig umgegangen werde. Es gehe auch nicht darum, unsere Gemeinde tot zu sparen, man müsse aber vorsichtig umgehen mit unserem Geld. Weiterhin müsse man das Notwendige vom Wünschbaren unterscheiden, "nice to have" habe auch weiterhin mit der notwendigen Vorsicht Platz. Künftig werden auch weitere, hohe Kosten auf uns zukommen, welche nur schwer beeinflussbar seien. Zu den Finanzen sei Sorge zu tragen, nur dann könne man unsere Gemeinde auch weiterhin attraktiv halten, so dass man die Steu-

ern eventuell noch senken könnte. Die FDP-Fraktion danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für das Vorgehen, welches an den Tag gelegt wurde. Die FDP sei für Eintreten.

Heiri Schwegler erklärt im Namen der L2O-Fraktion, dass diese über das gute Ergebnis sehr zufrieden sei. Der positive Rechnungsabschluss der Einwohnergemeinde schaffe etwas Luft für die zukünftige Budgetdebatte. Natur, Erholungsräume, Bildung (inkl. Musikschule), Kultur sollen davon profitieren. Die Lebensqualität in Horw soll gesteigert werden. Die Seite 4 habe es jedoch in sich, auch bei der L2O-Fraktion; es gehe um die Gewinnverwendung. Grossmehrheitlich könne die Fraktion die Gewinnverwendung der 5,1 Mio. Franken, so wie es der Gemeinderat vorschläge, unterstützen. Der Antrag der L2O werde aber sein, dass nicht lediglich der ganze Betrag ins Eigenkapital gebucht würde, man würde gerne noch einen Zuschuss für das Alters- und Pflegeheim vorsehen, damit das aktivierte Verwaltungsvermögen reduziert und die Abschreibungsrate gesenkt werden könnten. Auf die Tarifgestaltung hätte das eine positive Auswirkung, damit könnte man allen Bewohnerinnen des Alters- und Pflegeheimes einen sozialen Beitrag leisten. Übrigens sei der Fraktion auch aufgefallen, dass Horw nicht die einzige Gemeinde gewesen sei, welche aus einem budgetierten Defizit einen Gewinn erwirtschaftet habe. Die L2O-Fraktion danke allen Verantwortlichen für die saubere und seriöse Rechnungsführung und sei für Eintreten auf die vorliegende Rechnung.

Alwin Larcher hält im Namen der SVP-Fraktion fest, dass unter all den vielen Traktanden, welche der Rat während des Jahres behandle, zwei herausragten: Sicher sei dies das Budget, dann sei es die Rechnung, im übrigen eine sehr saubere und komplette Rechnung. Er vergleiche diese beiden Ereignisse stets mit einer Taufe und einer Abdankung; beim Budget, das wäre die Taufe, seien alle positiv gestimmt, es brodle etwas, und doch weiss niemand, wie es herauskomme. Bei der Rechnung dann wisse man alles, das sei wie bei einer Abdankung. Was wolle man dann noch an diesen Zahlen ändern, also nicht mehr viel. Selbstverständlich könne man sich Gedanken machen darüber. Bei einer Abdankung sei es auch so, dass, wenn der Dahingegangene, nichts hinterlasse, dass dann auch nicht viel gesagt werde. Hinterlasse er hingegen etwas, und das sei bei dieser Rechnung der Falle, dann sei etliches zu sagen, und dann gebe es dann automatisch Verteilungskämpfe. Eine solche Erbschaft könne man wohl kaum ausschlagen. Zu den Verteilungskämpfen resp. zur Verteilung des Überschusses werde man dann noch in der Detailberatung zurück kommen. Man sei für Eintreten.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält im Namen des Gemeinderates fest, dass gedankt und abgedankt werde, man sei aber im Gemeinderat sehr erfreut über die positive Aufnahme gewesen und schliesse sich dem Dank an. Man sei sehr erfreut gewesen über das Resultat. Man halte aber fest, dass die drei Positionen gleichzeitig erwähnt werden müssen; einerseits der Buchgewinn, dann der Grundstückgewinnsteuerbetrag einer Position von 1,5 Mio. Franken und der Unterschied von den budgetierten Personalaufwändungen zu den effektiven Personalaufwändungen. Der Dank an das Personal und an die Verwaltung gebe er gerne weiter, man könne nun bemerken, dass der Spareffekt, welcher im 2003 ausgelöst wurde, nun Früchte trage. Wenn man nun auch beim Sachaufwand nicht genau beim Budget abgeschlossen habe, so seien dies Ausgaben, welche die Gemeinde gezwungen hätten, gewisse Sachen zu ersetzen und anzuschaffen. Betreffend Verwendung des Überschusses werde er in der Detailberatung zurück kommen. Im Moment belasse er es mit diesen Ausführungen.

## **Detailberatung**

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann verweist explizit darauf, dass bei Wortmeldungen stets das oder die Konti genannt werden müssen.

### Laufende Rechnung 2004 nach Funktionen

#### **214 (generell): Musikschule**

Rudolf Meier nimmt generell zur Kontengruppe 214 Stellung. Die Ausgaben der Musikschule erscheinen der FDP-Fraktion vehement teuer. In diesem Bereich sei dringend zu sparen. Zuhanden des Protokolles gebe er die Erklärung ab, dass, wenn das Reglement bearbeitet werde, die Elternbeiträge dort massiv erhöht werden müssen.

#### **300.365.00: Kulturförderung: Beiträge an Kulturelle Vereine**

Hans-Ruedi Jung stellt fest, dass im Zusammenhang mit dem Förderkreis Europaforum Luzern ein Gemeinderatskredit beschlossen worden sei, dieser erscheine zweimal in der Rechnung. Er möchte eine Erklärung, um was es genau gehe und weshalb dieser Betrag zweimal in der Rechnung erscheine.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller bestätigt, dass der Betrag zweimal enthalten sei, vorliegend sei er am falschen Ort geschrieben, bei diesem Konto wohl nicht verrechnet, das ersehe man im Kontoauszug. Der Betrag sei im Konto 020.390.00 verbucht worden. Dieser Beitrag sei Fr. 2'000.00. Im Internet sehe man, was das Europaforum genau sei, nämlich eine Plattform, eine Begegnung von repräsentativen europäischen

Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Man fördere dort den Dialog und vermittele Informationen aus erster Hand. Man leiste einen gewichtigen Beitrag zur freien Meinungsbildung, führe Informationsveranstaltungen durch und sei ein unabhängiger Verein. Dieser Verein werde von Stadtpräsident Urs W. Studer präsiert. Weitere namhafte Persönlichkeiten seien in diesem Verein vertreten. Trägerinstitutionen seien Kanton und Stadt Luzern, die Zentralschweizerische Handelskammer, die Regionale Wirtschaftsförderung, die Luzerner Kantonalbank und Luzerner Tourismus. Dem Ehrenkomitee gehören unter andern mehr namhafte Persönlichkeiten wie die Alt-Bundesräte Flavio Cotti, Adolf Ogi und Kaspar Villiger an. Das sei eine breit abgestützte Institution, anhand der Themen, welche in den letzten zehn Jahren dort behandelt wurden, ersehe man, wie sinnvoll diese auch sei. Die Agglomeration und die Stadt Luzern wollen sich nicht lediglich als Sport- oder Kulturstadt verkaufen, sondern auch im Bereich von solchen Foren oder Kongressen. Fünf EFTA-Länder im Dialog seien mit deren gewichtigen Politikern anwesend gewesen, man sprach über den Euro, die Bilateralen Verträge usw. An diesen Foren seien jeweils Kapazitäten aus ganz Europa in Luzern anwesend. Man wisse, dass der Wirtschaftszweig "Kongress" für Luzern auch viele Touristen bringe. Einerseits könne die ganze Region wirtschaftlich davon profitieren, beispielsweise Tourismus, Gastronomie oder viele andere Erwerbszweige, andererseits könne man an solchen Veranstaltungen auch teilnehmen. Es sei jeweils sehr interessant. Die Fr. 2'000.00 seien aus diesen Gründen gerechtfertigt, im Rahmen einer Kultur-, Wirtschafts- und Kongressförderung.

### **310.330.00: Denkmalpflege, Heimatschutz: Abschreibungen Denkmalpflege**

Thomas Zemp hält fest, dass diese Abschreibungen von Fr. 140'000.00 nicht budgetiert worden seien. Man begründe das mit einem Bericht und Antrag aus dem Jahre 1997, als man darlegte, dass bei der Renovation des Dorfhauses jährlich 10 % vom Gebäudeversicherungswert abgeschrieben werden. Einerseits könnte man nun fragen, weshalb es nun budgetiert wurde, andererseits sei es der GPK eher ein Anliegen, dass man es prüfe, wohl sei das bereits eingeleitet worden, dass das Gebäude geschätzt und nur so weit - insbesondere im Finanzvermögen - abgeschrieben wird, bis es mit dem tatsächlichen Wert in der Bilanz stehe. Die Schaffung stiller Reserven mache keinen Sinn, er erinnere an den Landverkauf im Ortskern. Man habe dann den Eindruck, dass es Horw schlecht gehe, was nicht stimme.

### **540 (generell): Kinderbetreuung**

Rudolf Meier nimmt generell zur Kontengruppe 540 Stellung. Er gebe hier die Erklärung ab, dass es für das Budget 2006 von Vorteil wäre, über diese Angelegenheit über einen Rechenschaftsbericht zu verfügen. Diese Zahlen müssten dann im Budget integriert werden können. Es seien doch einige Kosten, welche auflaufen, die Elternbeiträge und die sonstigen Beiträge würden stets kleiner.

### **725.318.04: Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung): Abfuhr durch Dritte**

Hans-Ruedi Jung weist darauf hin, dass hier die Begründung falsch sei. Im 2003 hatte man 1750 Tonnen Grüngut, im 2004 hatte man 1851 Tonnen Grüngut, das seien 100 Tonnen mehr. Es könne nicht sein, dass die Differenz von Fr. 135'186.00 allein aus diesen 100 Tonnen zusätzlichen Grüngutes resultieren. Ob nun das Grüngut kostendeckend sei oder nicht, aber die Begründung sei auf jeden Fall jene, dass die Kehrichtgebühren nicht gleich stark gestiegen seien wie die Ausgaben für die Kehrichtbeseitigung, deshalb weichen die Kosten und der Ertrag zunehmend voneinander ab. Sicher könne die Begründung nicht mit dem Grüngut ins Feld geführt werden.

### **991.02.304.00: Allgemeine Personalkosten Übrige: Pensionskassenbeiträge**

Heinz Sigrist weist darauf hin, dass dies hier die Pensionskassenbeiträge betreffe, welche im Entscheid des Gemeinderates festgehalten seien. Er frage, wie lange diese Unterdeckung noch dauere und wie hoch der Deckungsbeitrag sei.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass der Deckungsgrad der Pensionskasse zurzeit 103,12 % betrage, demzufolge gebe es auch keine Meldepflicht. Nach wie vor fehle bei der Kasse jedoch die Deckung für Wertschwankungsreserven, das wären zwischen 15 und 20 %. Deshalb begründe sich der Entscheid des Gemeinderates, fünf Jahre lang diesen Beitrag zu leisten.

Heinz Sigrist meint, dass diese Wertschwankungsreserve in der Privatwirtschaft längstens ein Wunschdenken sei. Er bitte den Gemeinderat, das in der nächsten Budgetierungsphase nochmals zu überdenken, ob er weiterhin am Entscheid festhalten wolle, wenn man einen Deckungsgrad von über 100 % habe.

### Laufende Rechnung 2004 nach Arten

Keine Wortmeldungen.

### Investitionsrechnung 2004 nach Funktionen

Thomas Zemp hält grundsätzlich zur Investitionsrechnung fest, dass man es in der GPK gerne gesehen hätte, wenn man die Auflösung der Rückstellungen - was man in der Investitionsrechnung getätigt habe - auch ausweisen würde, sei es als negative Ausgaben oder als Einnahmen. Fälle beispielsweise wie die Allmendstrasse zeigen, dass man knapp 2 Mio. Franken desinvestiert habe, das gehe bei den Rückstellungen heraus und komme beim Verwaltungsvermögen zurück - eine Art Abschreibung. Das sei Geld, welches über die Investitionsrechnung ausgegeben wurde, aber in Tat und Wahrheit nicht gebraucht wurde. Zusammengezählt seien das gegen 5 Mio. Franken, welche man desinvestiert habe, deshalb falle die Nettoverschuldung von fast 10 Mio. Franken auf eine halbe Mio. Franken. Man hatte ein falsches Bild in der Bilanz. So gesehen sei es begrüssenswert, dass man die Bilanz bereinige, dann weiss man auch, wo man stehe. Es wäre aber gut gewesen, wenn man das in der Investitionsrechnung ausgewiesen hätte. Es sei weiter aber nicht schlimm, dass es nun vorliegend nicht so sei, es sei mehr ein Versehen, eine Absicht gewesen. Es sei dann auch nicht notwendig, das im kommenden Jahr zu korrigieren, dann sähe es seltsam aus.

#### Investitionsrechnung 2004 nach Arten

Keine Wortmeldungen.

#### Bilanz per 31. Dezember 2004

Keine Wortmeldungen.

#### Anhänge

Keine Wortmeldungen.

Thomas Zemp weist auf Seite 4 im Bericht und Antrag im Namen der GPK darauf hin, dass es nun um die Verwendung des Ertragsüberschusses gehe. Es sei mehr oder weniger eine Frage, wie dies in der Bilanz dargestellt werde; Geld sei dann genau gleich viel oder wenig vorhanden. Die GPK äussere sich zu Position 1023.35, Dorfplatz und Autoeinstellhallenplätze; dort sei geplant, zusätzliche Abschreibungen von 1 Mio. Franken zu tätigen. Das sei ein Objekt sei, das im Finanzvermögen der Gemeinde stehe, und solche Objekte seien werden nicht unbedingt für die Aufgabenerfüllung einer Gemeinde gebraucht, im Prinzip seien dies Wertanlagen. Die GPK vertrete die Auffassung, diese Objekte zu einem Wert in der Bilanz aufzuführen, welcher auch tatsächlich den Gegebenheiten entspreche. Es sei nicht einsichtig, wenn man heute ein Objekt für 1,7 Mio. Franken kaufe, und es dann plötzlich nur noch Fr. 715'000.00 Wert habe. Wenn man Abschreibungen tätige, welche nicht notwendig seien, führe das zu einem falschen Bild und dazu, dass man Stille Reserven habe. Ein genau solcher Effekt hatte man nun beim Verkauf des Grundstückes im Ortskern. Die Bilanz weise noch mehr solche Objekte auf, welche zu tief bewertet seien. Deshalb sei man der Meinung, entweder keine Abschreibungen zu tätigen, oder eine tiefer. Man einigte sich in der GPK auf einen Antrag von Fr. 500'000.00 zusätzlicher Abschreibungen, umgerechnet pro Parkplatz koste ein solcher dann noch Fr. 25'000.00. Man habe den Eindruck, dass sich das mit ungefähr 5 % Bruttorendite verzinsen lasse. Der Antrag der GPK laute also bei Position 1023.35 auf einen Abschreibungsbetrag von Fr. 500'000.00. Den Abschreibungsbetrag bei Position 1171.01 von Fr. 374'658.05 unterstütze die Kommission. Ferner sei die GPK bei Position 2285.09 - Einlage in Vorfinanzierung - der Ansicht, dass man Vorfinanzierungen für Projekte bilden sollte, wo mindestens ein Planungskredit bewilligt sei oder allenfalls bereits ein Bericht und Antrag für das Projekt selber vorliege. Der Gemeinderat stelle nun den Antrag, eine Vorfinanzierung für Verwaltungsräume zu bilden, da liege weder ein Planungskredit noch ein Bericht und Antrag vor. Man habe also keine Ahnung, was man genau zu tätigen beabsichtige. Für die GPK sei das zu offen und sie wolle nicht Rückstellungen tätigen für etwas, wo man nicht wisse, was es sei. Andererseits habe man vor einem Jahr einen Kredit für eine Sportanlage im Seefeld bewilligt, rund 10 Mio. Franken. Es wäre nun vernünftig, für dieses Projekt eine Vorfinanzierung zu bilden. Die GPK stelle deshalb den Antrag, 1 Mio. Franken für die Sportanlage Seefeld vorfinanziert. Die Einlage ins Eigenkapital würde dann um Fr. 500'000.00 höher - also Fr. 3'296'801.24 betragen. Dies seien die Anträge der GPK.

Heinz Sigrüst merkt an, dass die FDP-Fraktion wohl den Ausbau der Verwaltungsräume begrüsse, doch es sei auch bei der FDP-Fraktion so, dass man die Vorfinanzierung nicht jetzt tätigen möchte, sondern man möchte auf einen Bericht und Antrag warten. Man schliesse sich in diesem Sinne dem Antrag der GPK an.

Urs Hediger stellt im Namen der CVP-Fraktion einen weiteren Antrag, es sei ein Mehrheitsantrag. Er decke sich mit dem Votum des Vorredners, was die zusätzlichen Abschreibungen anbelange. Die Mehrheit der CVP beantrage, bei Position 1023.35 statt 1 Mio. Franken lediglich Fr. 500'000.00 zusprechen. Bei den Verwaltungsräumen sei es fast eine Frage der Philosophie, die Mehrheit der CVP sei aber auch der Meinung, die eingangs erwähnten und nun gesparten Fr. 500'000.00 nun bei den Sportanlagen Seefeld einzusetzen. Die Einlage ins Eigenkapital würde dann gleich bleiben.

Brigitte Germann-Arnold macht weitere Anträge. Bei Position 1023.35 gehe es um die 49 Parkplätze und um den Dorfplatz; die L2O-Fraktion unterstütze - wohl nicht mit Freude - den Vorschlag des Gemeinderates für die zusätzlichen Abschreibungen. Auch bei den Verwaltungsräumen - es sei unbestritten, dass es diese auch brauche - unterstütze man den Vorschlag des Gemeinderates. Sicher sei es verpasst worden, einen Bericht und Antrag in den Rat zu bringen, den man auch hätte diskutieren können, ob nun Miete oder etwas anderes in Frage komme. Das Bedürfnis sei vorhanden, man setze auf die Weitsicht des Gemeinderates und unterstütze den Antrag des selben. Ein Antrag der L2O laute nun, 1 Mio. Franken für die Finanzierung des Alters- und Pflegeheimes zuzuschieben. Abklärungen hätten ergeben, dass dies - obwohl es eine Spezialfinanzierung sei - möglich sei. Die Gemeinde müsse jährlich die Kostendeckung tätigen. Auf diese Weise könnte das aktivierte Verwaltungsvermögen reduziert werden, die jährliche Abschreibungsrate könnte dann gesenkt werden, das hätte positive Auswirkungen auf die Tarifgestaltung. Letztlich würde den Bewohnern und Bewohnerinnen ein sozialer Beitrag geleistet. Die L2O stelle also den Antrag, 1 Mio. Franken von der Verwendung des Eigenkapitals ins Alters- und Pflegeheim zu schieben. Die Zuweisung zum Eigenkapital würde dann noch Fr. 1'796'801.24 betragen.

Jörg Stalder stellt einen Zusatzantrag der L2O-Fraktion. Beim Legislaturplan hatte man die Diskussion über Kultur und kulturelle Institutionen in Horw. Es wurde wohl keine grosse Auslegeordnung getätigt, doch man möchte nach dem guten Rechnungsabschluss auch in diesem Bereich ein Zeichen setzen. Im Legislaturplan hatte man unter anderem das Projekt eines Kulturhauses als Vision erfasst. Es wäre eine Möglichkeit, ein Zeichen für die Kultur zu setzen, und einen Betrag für diese Vision Kulturhaus vorzufinanzieren. Der Betrag laute auf Fr. 500'000.00. Er beantrage eine Vorfinanzierung für ein Kulturhaus in der Höhe von Fr. 500'000.00, das Eigenkapital würde dadurch entsprechend geschmälert, es würden noch Fr. 1'296'801.24.

Alwin Larcher bemerkt, dass es bei dieser "Geldverteilung" munter zu und her gehe. Phantasien aller Art seien sicherlich gestattet, doch vorliegend sei dies eine Buchhaltungsangelegenheit. Er erwähne das Prinzip der Bilanzklarheit und -wahrheit, das sollte man bei allen Wünschen doch auch noch beachten. In diesem Sinne komme er auf die einzelnen Abschreibungsmöglichkeiten zu sprechen. Bei den Autoeinstellhallenplätze brauche es überhaupt keine Rückstellung, diese kaufte man erst noch für rund 1,7 Mio. Franken. Entweder kaufte man sie zu teuer, und das konnte man ihm nicht belegen, oder - weil sie noch neuwertig seien und zudem im Finanzvermögen stehen - dann müssen sie sicher nicht abgeschrieben werden, dann hätte man nämlich wieder 1 Mio. Franken mehr im Vermögen. Die SVP schliesse sich aber dem Antrag der GPK an, welche eine Reduktion auf Fr. 500'000.00 beantrage. Der SVP-Fraktion sei auch klar, dass in einem Zeitpunkt, wo man der Verwaltung stets mehr Aufgaben gebe, selbstverständlich die Verwaltungsräume nicht immer gleich bleiben können. Es scheine aber doch verfrüht, weil man noch nichts Genaues weiss, jetzt bereits 1 Mio. Franken zurück zu stellen. Eine Rückstellung in diesem Betrage wäre fast schon die halbe Miete, der Beweis dazu lieferte ihm der Gemeinderat gleich selber mit dem Leitbild zur räumlichen Entwicklung. Es beweise einmal mehr, wenn man etwas geschrieben habe, auch wenn es lediglich ein unverbindlicher Plan sei, werde man später behaupten, dass ein entsprechendes Projekt damals bereits vorgeplant worden ist. Es wäre dann so halb bewilligt, und Opposition habe es eigentlich keine gegeben. Deshalb sei die SVP-Fraktion auch nicht für die 1 Mio. Rückstellungen für das Gemeindehaus, man habe aber nichts dagegen, wenn man diese Million für den Sportplatz gebrauchte. Der Sportplatz sei so oder so zu teuer; prophylaktisch eine Abschreibung von 1 Mio. Franken dort zu tätigen, damit könne man sich einverstanden erklären. Am liebsten hätte die SVP aber den gesamten Überschuss dem Kapital zugeschlagen. Auch wenn das Kapital der Einwohnergemeinde nun 10 Mio. Franken betrage, kommen sehr bald ca. 3,6 Mio. Franken von der Bürgergemeinde davon weg. So verringere sich auch das Kapital wieder. Bei einer Überweisung des gesamten Betrages an das Kapital hätte man auch eher über eine Senkung des Steuerfusses sprechen können. Die SVP-Fraktion schliesse sich in vollem Umfang dem Antrag der GPK an.

Gemeindeamman Gianmarco Helfenstein hält im Namen des Gemeinderates fest, dass es eine Buchungsfrage sei, wohl mit einer Idee oder Signalwirkung dahinter. Es sei auch die Absicht des Gemeinderates, nämlich darzulegen, wo er die Schwerpunkte setzen möchte und den Überschuss verwenden wolle. Der Gemeinderat wollte nun die Chance packen und aus dem Paket "Ortskern" ein Buchgewinn realisieren, deshalb halte er nach wie vor am Antrag des Gemeinderates bei Position 1023.35 fest. Bei der Vorfinanzierung Verwaltungsräume habe er das Gefühl, dass offenbar das Vertrauen vermisse. Sicherlich wolle man keinen "Goldpalast" aufstellen, es sei aber auch richtig, dass man noch kein Planungskredit oder Bericht und Antrag habe. Man müsse berücksichtigen, dass im Gemeindehaus Platzprobleme bestehen. Im letzten Jahr hatte man sogar einen Diebstahl bei der Bürgergemeinde, vor wenigen Wochen fand ein Diebstahlversuch bei der Polizei statt; der Sicherheit müsse also grösst mögliche Beachtung geschenkt werden. Und der Sicherheitsaspekt sei nun einmal nicht gratis. Diese Überlegungen hätten den Gemeinderat dazu bewogen, einerseits aus dieser guten Situation etwas zu reservieren, was dem Gemeinderat aber nicht freie Hand gebe, das sage auch das Gemeindegesezt so. Eine Auflösung des Kredites oder eine Änderung des Zweckes wäre sicher nicht möglich. Aus diesen Überlegungen bleibe der Gemeinderat bei seinem Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses 2004.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann schlägt vor, Konto um Konto durchzugehen. Zuerst möchte sie über die Position 1023.35 abstimmen lassen.

Thomas Zemp fragt sich nun, ob dieser Abstimmungsmodus korrekt sei. Allenfalls hätte man dann plötzlich mehr Geld zum Verteilen, was sicherlich falsch wäre. Man müsste nun diese Anträge als solches einander gegenüberstellen, über diese als Paket abstimmen lassen, dann werde es letztlich einen obsiegenden geben. Es wäre dann der Antrag der L2O gegen jenen der CVP, den obsiegenden gegen denjenigen des Gemeinderates, wiederum den obsiegenden gegen denjenigen der GPK. Er gehe davon aus, dass die L2O einen Antrag gestellt habe.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann resümiert, dass man nun einen Antrag der GPK bezüglich Position 1023.35 von Fr. 500'000.00 statt 1 Mio. Franken habe, die CVP möchte das auch, die L2O unterstütze die 1 Mio. des Gemeinderates, die SVP wiederum unterstütze den Antrag der GPK. Position 1171.01 bleibe unverändert. Bei Position 2285.09 schlage die GPK vor, die 1 Mio. Franken statt bei den Verwaltungsräumen für die Sportanlagen Seefeld vorzufinanzieren, die FDP möchte das auch so, die CVP möchte eine Vorfinanzierung für die Verwaltungsräume von 1 Mio. Franken gemäss Vorschlag Gemeinderat und zusätzlich eine Vorfinanzierung für die Sportanlagen von Fr. 500'000.00, die L2O unterstütze die Vorfinanzierung von 1 Mio. Franken gemäss Vorschlag Gemeinderat. Die SVP möchte 1 Mio. Franken in die Sportanlagen Seefeld vorfinanzieren. Bei Position 2390.00 sei die GPK für einen Betrag von 3'296'801.24 ins Eigenkapital, die L2O möchte aus dem Eigenkapital zusätzlich 1 Mio. Franken dem Alters- und Pflegeheim zuweisen und zusätzlich Fr. 500'000.00 in das Kulturhaus zuwenden.

Hans-Ruedi Jung scheint dies weitgehend richtig so, doch die L2O habe noch einen zweiten Antrag gestellt, nämlich jenen ohne die Vorfinanzierung des Kulturhauses. Er sei wie Thomas Zemp der Meinung, über die gesamten Pakete abzustimmen. Ansonsten werde es kompliziert. Er teile auch die Meinung, zuerst die beiden Anträge der L2O gegenüber zu stellen. Der obsiegende wäre dann dem der CVP, der obsiegende dem des Gemeinderates und letztlich der obsiegende demjenigen der GPK gegenüberzustellen.

Jörg Stalder stellt den Ordnungsantrag, konsultativ über die einzelnen Posten abzustimmen und dann ersehen, wie die Mehrheiten sich darstellen.

Thomas Zemp verweist auf das Geschäftsreglement; das Ansinnen von Jörg Stalder wäre gänzlich neu, jedoch wahrscheinlich unbrauchbar.

Jörg Stalder zieht seinen Antrag betreffend Vorfinanzierung Kulturhaus im Betrag von Fr. 500'000.00 zurück. Die L2O stelle somit einen einzigen Antrag.

Hans-Ruedi Jung bemerkt, dass ordnungshalber dennoch über den Ordnungsantrag von Jörg Stalder abzustimmen sei.

Jörg Stalder zieht seinen Ordnungsantrag zurück.

### 1. Abstimmung

Antrag L2O-Fraktion: Fr. 1'000'000.00 vom Eigenkapital als Vorfinanzierung für das Alters- und Pflegeheim verwenden, annehmen.	6 Stimmen
Antrag CVP-Fraktion: Fr. 500'000.00 für die Abschreibung bei Position 1023.35 sowie Fr. 500'000.00 für die Vorfinanzierung der Sportanlagen Seefeld verwenden, annehmen.	12 Stimmen

**Der Antrag der CVP-Fraktion obsiegt. Dem Alters- und Pflegeheim werden keine 1 Mio. Franken aus dem Eigenkapital als Vorfinanzierung zugewiesen.**

### 2. Abstimmung

Antrag CVP-Fraktion: Fr. 500'000.00 für die Abschreibung bei Position 1023.35 sowie Fr. 500'000.00 für die Vorfinanzierung der Sportanlagen Seefeld verwenden, annehmen.	11 Stimmen
Antrag Gemeinderat: Fr. 1'000'000.00 als Abschreibung bei Position 1023.35 verwenden, annehmen.	7 Stimmen

**Der Antrag der CVP-Fraktion obsiegt. Beim Dorfplatz und den Autoeinstellhallenplätzen werden keine 1 Mio. Franken abgeschrieben.**

**3. Abstimmung**

Antrag CVP-Fraktion: Fr. 500'000.00 für die Abschreibung bei Position 1023.35 sowie Fr. 500'000.00 für die Vorfinanzierung der Sportanlagen Seefeld verwenden, annehmen.	8 Stimmen
Antrag GPK und SVP: Fr. 1'000'000.00 als als Vorfinanzierung für die Sportanlagen Seefeld verwenden, annehmen.	16 Stimmen

**Der Antrag der GPK und der SVP-Fraktion obsiegt. Für die Sportanlagen Seefeld werden Fr. 1'000'000.00 vorfinanziert.**

**Abstimmung**

Der Rechnung 2004 der Einwohnergemeinde Horw, umfassend

- Laufende Rechnung
- Investitionsrechnung
- Bilanz per 31.12.2004

wird mit 26 : 0 Stimmen die Genehmigung erteilt.

Der Nachtragskredit wird im Sinne von Art. 52 der Gemeindeordnung mit 26 : 0 Stimmen bewilligt.

Die Verbuchung der Rechnungsergebnisse wird gemäss Antrag der GPK mit 20 : 4 Stimmen beschlossen.

Dem gesamten Beschlusstext wird mit 20 : 0 Stimmen zugestimmt.

**Traktandum 2****B+A Nr. 1308: Verwaltungsrechnung 2004 der Bürgergemeinde****Eintreten**

Heinz Sigrist hält im Namen der GPK fest, dass der Rat die Rechnung der Bürgergemeinde nun zum letzten Mal separat behandeln werde; infolge Zusammenlegung beider Gemeinden gebe es zukünftig nur noch eine Rechnung. Bekanntlich verzeichne die Rechnung der Bürgergemeinde einen Aufwandüberschuss von 1,99 Mio. Franken, dem gegenüber stehe ein Aufwandüberschuss von 1,45 Mio. Franken; die höher ausgefallenen Kosten seien meistens gebunden und können schlecht beeinflusst werden. Beispielsweise seien die Ergänzungsleistungen zur AHV rund Fr. 125'000.00 höher ausgefallen als budgetiert, auch die Krankenkassenbeiträge seien um Fr. 208'000.00 höher ausgefallen, auch die Beiträge an die Heimfinanzierung fiel um rund Fr. 128'000.00 höher aus. Der Kanton habe der Gemeinde somit Mehrkosten von rund Fr. 460'000.00 beschert. Das seien Beiträge, welche man nicht beeinflussen könne. Auch die gesetzliche Vorsorge schlug mehr zu Buche als erwartet, die wirtschaftliche Sozialhilfe mit beispielsweise 180 Fällen im 2003 und nun 220 im 2004 sei nicht wie angenommen um 3,8 % sondern um 8,9 % gestiegen, was einen Mehrbetrag von rund Fr. 108'000.00 ausmache. Die gestellten Prognosen seien klar zu optimistisch gewesen. Erfreulich sei, dass man bei zwei Fällen von Sozialhilfe diese als ungerechtfertigt habe aufdecken können. Auch die Steuernachträge wurden zu optimistisch budgetiert, es fehlen auch bei diesen Steuereinnahmen rund Fr. 131'000.00. Erfreulich sei auch, dass der Deckungsbeitrag des Alters- und Pflegeheimes weiter verbessert werden konnte, das Ziel, mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können sei somit auf gutem Wege. Wie sich die Zukunft entwickeln werde, das sei fraglich, vermutlich könne man das nur schwer abschätzen, wenn man die vergangenen Jahre betrachte. Wenn es so weiter gehe wie bis anhin werde man froh sein müssen, wenn man noch auf ein Eigenkapital zugreifen werden könne. Die GPK sei für Eintreten.

Hans-Ruedi Jung macht es namens der CVP-Fraktion kurz: Die Fraktion stellte fest, dass eine unerfreuliche Entwicklung in diesem Bereich stattfinde, es werde Jahr für Jahr immer schlimmer. Das habe verschiedene Gründe: Der Hauptgrund sei sicher die verschärfte wirtschaftliche Lage. Auch wenn es einzelnen Wirtschaftszweigen besser gehe, so treffe es unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im sozialen Bereich doch hart. Vereinzelt sei dies aber auch - wohl möchte er das nicht überbewerten - Ausdruck einer erhöhten Anspruchsmentalität; in Zukunft müsse man vermehrt den Finger darauf haben, um das Problem zu lösen. Das müsse nun nicht gleich ein Sozialinspektor sein wie in Emmen, es gebe auch noch andere Wege. Aber dennoch müsse man gut darauf achten, dass Leute nicht ungerechtfertigterweise in den Genuss von Sozialbeiträgen kommen, welche auf der anderen Seite den Ruf und die Möglichkeiten jener, welche gerechtfertigterweise diese Leistungen erhalten, schädigen. Es handle sich vorliegend eher wieder um eine "Abdankung", das Bedauern über den Ausgang dieser Rechnung, welche offensichtlich durch die gesetzlichen Vorgaben nicht viel anders gestaltet werden könne.

Beat Imboden hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass man zu den folgenden Schlusspunkten gekommen sei: Die Rechnung weise seit dem Jahr 2001 regelmässig Ausgabenüberschüsse aus, das sei mehr als

unerfreulich. Die Überschreitungen seien zwar stets klar begründet, und es werde stets wieder auf die gebundenen Ausgaben hingewiesen. Dennoch müsse man in Zukunft versuchen, diese Rechnung mehr und mehr ausgeglichen zu gestalten. Erfreulich sei, dass die Taxanpassungen ihre Wirkungen gezeigt hätten, hingegen natürlich auf der Ausgabenseite wiederum grössere wirtschaftliche Sozialhilfe verursachten. Wir befinden heute über die letzte Rechnung der Bürgergemeinde, welche separat diesem Rat vorgelegt werde. Mit der Zusammenlegung werde sicher die Vermischung Einwohnergemeinde/Bürgergemeinde noch mehr stattfinden, die Transparenz werde sicherlich auch darunter leiden und es werde sicher nicht einfacher werden, die Rechnungen dann auch einzeln zu beurteilen. Die FDP nehme die Verwaltungsrechnung der Bürgergemeinde zur Kenntnis und danke allen Verantwortlichen für ihre Arbeit. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten auf den Bericht und Antrag.

Heiri Schwegler muss namens der L2O-Fraktion einmal mehr deprimierend zur Kenntnis nehmen, dass ein Aufwandüberschuss von 1,99 Mio. Franken bei der Bürgergemeinde zu verzeichnen sei. Diese Zahl drücke mehr als lediglich einen Frankenbetrag aus. Sie widerspiegle auch, dass es nicht allen Menschen in Horw gut gehe. Der finanzielle Aufwand der Bürgergemeinde ermögliche dem einen oder andern Menschen das Überleben und integriere ihn oder sie in unser Umfeld. Man danke der Horwer Bevölkerung, dass auch sie helfe, die soziale Verantwortung mit zu tragen. Es gebe letztlich nicht nur eine Eigenverantwortung, sondern auch eine Mitverantwortung. Zudem danke die Fraktion sämtlichen Verantwortlichen für die geleistete Arbeit. Die L2O-Fraktion sei für Eintreten.

Alwin Larcher weist im Namen der SVP-Fraktion darauf hin, wie stark in unserem Land die Umverteilung bereits stattgefunden habe. Das sei aber auf nationaler Ebene zu lösen; in Horw habe man diese Angelegenheit noch einigermaßen im Griff; man sei für Eintreten.

Sozialvorsteher Oskar Mathis leuchtet es im Namen des Gemeinderates ein, dass diese Rechnung nicht besonders erfreulich aufgenommen werden konnte, doch er denke, dass das wesentliche erfasst wurde. Im Sozialwesen entstehen vor allem gebundene Auslagen; wenn nun die Wirtschaftlage schlecht sei, steige damit auch die wirtschaftliche Sozialhilfe an. Als Gemeinwesen habe man auch eine gewisse Verpflichtung, welche wahr genommen werden müsse. Er denke auch, dass in Horw das Personal gewappnet sei, zu schauen, dass nicht weiter unerfreuliche Entwicklungen stattfinden können. So dass effektiv nur jene Leute zu Unterstützungen kommen, welche sie auch unbedingt notwendig haben. Nun habe man die letzte Rechnung der Bürgergemeinde, welche er vertreten könne, vor sich; er werde dieses Thema ab dem nächsten Jahr an Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein weiter geben. Den Dank, welchen man dem Personal der Bürgergemeinde ausspreche, nehme er gerne entgegen und leite diesen auch weiter. Gerade dieses Personal der Bürgergemeinde setze sich tagtäglich ein für den sozial Schwächeren, und er setze alles daran, dies auch weiterhin mit voller Kraft zu tätigen.

## **Detailberatung**

### Laufende Rechnung 2004 nach Funktionen

Keine Wortmeldungen.

### Laufende Rechnung 2004 nach Arten

Keine Wortmeldungen.

### Investitionsrechnung 2004 nach Funktionen

Keine Wortmeldungen.

### Investitionsrechnung 2004 nach Arten

Keine Wortmeldungen.

### Bestandesrechnung 2004

Keine Wortmeldungen.

### Anhang zur Rechnung 2004

Keine Wortmeldungen.

<b>Abstimmung</b>
-------------------

Der Rechnung 2004 der Bürgergemeinde Horw, umfassend  
 - Laufende Rechnung  
 - Investitionsrechnung  
 - Bestandesrechnung per 31.12.2004  
 wird mit 25 : 0 Stimmen die Genehmigung erteilt.

Die Nachtragskredite werden im Sinne von Art. 52 der Gemeindeordnung mit 25 : 0 Stimmen bewilligt.

Die Deckung des Aufwandüberschusses wird gemäss Antrag des Gemeinderates mit 25 : 0 Stimmen beschlossen.

Dem gesamten Beschlusstext wird mit 25 : 0 Stimmen zugestimmt.

### **Traktandum 3 Fragestunde**

---

### **Traktandum 4 Dringliches Postulat Nr. 553/2005 Hans-Ruedi Jung, CVP: Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt**

---

#### *"Text des Dringlichen Postulates"*

Hans-Ruedi Jung erläutert seinen dringlichen Vorstoss. Auf dem Areal des Pilatusmarktes war schon seit längerem eine Tankstelle geplant gewesen, welche allerdings in neuerer Zeit an einen andern Ort hin geplant wurde, räumlich war sie zwischen Steinibachweg und Pilatusmarkt geplant. Heute soll sie nun beim Kreisel, unten beim Steinibach, zu stehen kommen. Das Brisante daran sei, dass neu die Ein- und Ausfahrt zur Tankstelle und zum Tankstellenshop über den Steinibachweg und die Technikumstrasse erfolgen sollen. Seines Erachtens sei dies aus mehrfacher Sicht problematisch, einerseits sei der Steinibachweg auch der Zugang zum Ökihof, und dort stauen sich bekanntlicherweise jeweils am Samstag die Entsorgungswilligen. Es sei weder für die Ein- und Ausfahrt aus dem Pilatusmarkt noch für jene vom Ökihof von Vorteil, wenn noch zusätzlicher Verkehr auf diese Strasse komme. Ferner habe man die Technikumstrasse, welche durch die Neugestaltung der Autobahn eine ganz andere Funktion erhalten habe. Sie sei nicht nur Quartierstrasse, sondern eine Erschliessungsstrasse für grosse Teile vom Gebiet Spitz und mehr, und diese Strasse sei wahrscheinlich bezüglich Kapazität noch nicht an der Grenze, doch sie konnte einmal an diese stossen. Auf der Seite des Technikums gebe es noch sehr grosse unüberbaute Flächen, ebenso sei ein grösseres Industrieareal vorhanden, welches im Moment praktisch ohne Funktion sei und mittel- oder langfristig einer andern Nutzung zugeführt werde. Aus diesen Gründen sei Mehrverkehr auf der Technikumstrasse zu erwarten. Auch für die Einmünder aus dem Steinibachweg bzw. aus dem Tankstellenshop und der Tankstelle werde es schwieriger, einzumünden. Dadurch, dass nun auch ein Tankstellenshop erlaubt sei und entsprechend die Öffnungszeiten verlängert werden, sei in dieser Region auch vermehrt mit Lärmimmissionen zu rechnen, bis weit in die Nacht hinein. Früher war das gar kein Diskussionsthema, heute sei es eines. Solche Entwicklungen könne man nicht verhindern, so wenig wie man einen Pilatusmarkt verhindern könne. Offensichtlich entspreche eine Tankstelle und ein Tankstellenshop einem Bedürfnis, die Frage sei einfach, wo man diesen situiere. Aus seiner Sicht habe die Gemeinde die Handhabe, dort Einfluss zu nehmen, dass unsere Strassen, welche praktisch bis zur Tankstelle hin führen, nicht durch einen solchen Shop belastet werden. Man habe mit der neuen Kantonsstrasse Erfahrung, wie der Ab- und Zufluss des Verkehrs erfolgen könnte. Das bedinge, dass man über das Pilatusmarkt-Areal fahren müsste, das sei aber nicht das Problem der Gemeinde Horw, sondern jenes der Betreiber, welcher entweder eine Fehlplanung gemacht habe oder halt dann die Konzession eingehen müsste, dass der Verkehr über sein Grundstücke gehe. Mit seinem Postulat möchte er erwirken, dass der Gemeinderat sämtliche Mittel in Bewegung setze, dass die Immissionen durch die Tankstelle und den Tankstellenshop auf Horwer Gemeindegebiet minimiert werden, insbesondere was die Zu- und Wegfahrt betreffe. Es gehe unter freund-nachbarschaftlichen Verhältnissen nicht an, eine Planänderung, welche doch eine wesentliche Änderung eines Bebauungsplanes sei, einfach so schnell vor Ostern der Gemeinde noch zur Stellungnahme zustelle, und praktisch dann nicht erwarte, dass eine Reaktion kommt. Man stelle ein sehr grosses Gebäude und weitere Industriegebäude an die Gemeindegrenze und hoffe dann, dass die Immissionen bei der Gemeinde bleiben. Das sei St.-Florianspolitik, man müsste jene Probleme, welche auf dem eigenen Gemeindegebiet verursacht werden, auch auf dem eigenen Gemeindegebiet lösen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass der Gemeinderat der Problematik des Pilatusmarktes und der dazugehörenden Tankstelle und des Tankstellenshops erkannt habe und mit Schreiben vom 24. März

2005 beim Gemeinderat Kriens Einsprache erhoben habe. Sie könne bestätigen, dass der Gemeinderat ziemlich überrascht gewesen sei, dass man nicht zur Stellungnahme eingeladen wurde, sondern lediglich ein A4-Blatt erhalte, wo stehe, dass ein Baugesuch aufliege in dieser Art. Sie informierte sich dann und man musste sich selber erkundigen, was es eigentlich betreffe. Sie war sehr erstaunt, dass man nicht vorher das Gespräch mit dem Gemeinderat suchte, da das Projekt das Gemeindegebiet von Horw sehr stark betreffe. Das Postulat könne ohne Bedingungen entgegen genommen werden. Nach der Einspracheerhebung habe man in allen vom Postulanten aufgeworfenen Punkten ein Gespräch mit dem Gemeindeammann von Kriens geführt. Anhand zweier Folien zeige sie auf, über was eigentlich gesprochen werde. Anhand des Richtplanes könne sie zeigen, um was es eigentlich gehe. Der Bebauungsplan des Pilatusmarktes sei bereits schon klar ersichtlich. Es gehe darum, dass das sogenannte "Y" gemäss Richtplan einen Bebauungsplan haben müsste, dort käme dann die Tankstelle, alles müsste an einen Bebauungsplan gebunden sein. Im Moment sei die Tankstelle geplant, der Gemeinderat von Kriens erwähne dann, dass noch ein Bebauungsplan gemacht werden müsste, doch das Projekt bestehe ja bereits. Die Tankstelle müsste dann einfach diesem Bebauungsplan entsprechen. Die Tankstelle beim Pilatusmarkt sei ursprünglich an einem andern Ort geplant gewesen, bei der Ausfahrt. Jetzt sei diese am nun bekannten Ort geplant, also ausserhalb der Erschliessung zum Pilatusmarkt, welcher ein in sich geschlossenes Verkehrssystem aufweise. Man konnte feststellen, dass am Verkehrsregime nichts geändert habe. Damals habe man ausgehandelt, dass die beiden untersten Böden des Parkhauses Richtung Horw über die Technikumstrasse erschlossen würden, die restlichen führen dann über den unteren Kreisel oder auf der Umfahrungsstrasse wieder heraus. Die Verkehrsführung habe also noch nicht geändert. Sie konnte auch feststellen, wenn man nun bei diesem Shop tanken wolle, dass man relativ mühsam diese Tankstelle anfahren könne. Das sei nun Gegenstand der weiteren Verhandlungen, auch mit den Investoren. Der Krienser Gemeinderat signalisierte, dass mit dem Horwer Gemeinderat eine einvernehmliche Lösung gefunden werden müsse. Horw müsse einverstanden damit. Nun habe man alle Möglichkeiten, eine entsprechende Aussage zu machen. Man möchte keine doppelte Belastung verkehrsintensiver Märkte. Das vif (Dienststelle für Verkehr und Infrastruktur) habe sich ebenfalls eingeschaltet, dieses habe ebenfalls kein Interesse daran, dass am Verkehrsregime irgend etwas geändert werde. Das übergeordnete Strassennetz dürfe nicht zusätzlich belastet werden. Man arbeite auch an einer guten Lösung bezüglich Bus, dieser dürfe nicht im Stau stehen, auch beim Ökihof müsse ein guter Verkehrsfluss gewährleistet sein. Man werde sich bemühen, dass man eine gute Lösung bringen könne. Gewisse Trends wie Tankstellenshops könne man im Moment nicht stoppen, da die Gesetzgebung diese auch zulässt. Aber beim Verkehrsregime könne man noch viel verbessern.

Hans-Ruedi Jung bittet den Gemeinderat, sich vom Gemeinderat Kriens nicht Sand in die Augen streuen zu lassen. Wenn man die Auflageakten studiere ersehe man, dass in diesem Bereich, wo im Moment ein Baum stehe, dort neu ein Kreisel komme und damit ein sogenanntes Dreieck erschlossen werde, wo die Tankstelle und der Tankstellenshop zu stehen kommen. Der Kreisel sei bereits vorbereitet; wie wolle man nun bewerkstelligen, dass die Benutzer der Tankstelle anstelle den Weg über das Areal nicht den Weg über den Steinibachweg wählen? Das Verkehrsregime im Parkhaus müsse auch durchgesetzt werden können, das werde aber schwierig sein mit der jetzigen Planung.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält fest, dass man beim jetzigen Verkehrsregime im Parkhaus richtig gehend geführt werde.

Hans-Ruedi Jung bestätigt das, doch die Tankstelle könne nicht mehr auf die Umfahrungsstrasse geleitet werden, die Benützenden werden dann den Steinibachweg wählen. Dann müsste man aushandeln, dass ein Stock weniger dort hinaus entlastet werde, doch das sei nicht möglich, weil alles schon gebaut sei. Man müsste darauf drängen, dass diese Tankstelle nicht so erschlossen werde, dass man es nicht mehr im Griff habe. Ferner müsse man berücksichtigen, dass beim Bau eines Gebäudes mit Wohnungen oder mit Gewerbe eine ganz andere verkehrstechnische Qualität ausgewiesen werde, als das bei einer Tankstelle mit Tankstellenshop. Vom Verkehrsaufkommen sei das eine ganz andere Angelegenheit. Den Kreisel müsse man im Griff halten können.

**Das Dringliche Postulat Nr. 553/2005 "Tankstelle und Tankstellenshop Pilatusmarkt" wird somit entgegen genommen.**

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

#### **Traktandum 5**

**Dringliches Postulat Nr. 555/2005 Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnender: Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg**

*"Text des Dringlichen Postulates"*

Hans-Ruedi Jung nimmt anstelle der für die heutige Sitzung entschuldigten Silvia Simoes-Bolliger zum Vorstoss Stellung. Die Problematik sei dem Rat bekannt. Von der Lastwagenumfahrung gehe eine grosse Gefahr aus, in der Nähe stehe ein Schulhaus, man sei nahe am Dorfzentrum, mit dem Kirchweg habe man auch eine unübersichtliche Strasse. Wenn man sich vorstellt, dass sich dort ein Sattelschlepper grösseren Ausmasses sich aus irgend einem Grunde verfährt, dann gebe das ein Problem. Das Lastwagenfahrverbot müsste man auf den Kirchweg ausdehnen und entsprechend durchsetzen. Idealerweise könnte man es bereits beim Dorfeingang signalisieren, doch offensichtlich sei dies nicht ganz einfach, zumindest müsse es jedoch vor Ort signalisiert werden, damit dieser Schleichverkehr nicht mehr stattfindet.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält im Namen des Gemeinderates fest, dass jetzt beim Kirchweg ein provisorisches Lastwagenfahrverbot signalisiert sei, so dass die Lastwagen also nicht mehr über den Kirchweg fahren dürfen. Ebenfalls habe man beim vif ein LKW-Verbot beantragt, ca. Ende Juni müsste das dann rechtskräftig sein. Das vif sei einverstanden gewesen, jetzt schon ein Provisorium zu stellen, weil die Probleme jetzt aktuell seien. Mit den Bauarbeiten an der Kantonsstrasse werden diese Signalisationen im nördlichen Teil definitiv ersetzt, dann wäre dieses Problem wieder behoben. Nachher gelte dann das Lastwagenfahrverbot vom Kreisel Wegscheide bis zum Kreisel Merkur, dann könne man nicht mehr über den Kirchweg, aber beim Kirchweg müsse es jetzt signalisiert sein. Man erkundigte sich nach der Möglichkeit einer Vorsignalisation. Es könnte nun sein, dass ein Lastwagen komme und erst beim Kreisel Wegscheide bemerkt, dass ja ein LKW-Fahrverbot bestehe. Nachher hätte er dann keine Möglichkeit mehr, den Ausweg zu finden, denn er hätte die Umfahrung benützen müssen. Das vif vertrete die Auffassung, dass eine Vorsignalisation nicht möglich sei, da dies nicht üblich sei. Immerhin könne der LKW in einem solchen Falle im Kreisel wieder kehren. Wenn die Bauarbeiten dann beginnen, das das Problem behoben. Sie füge auch an, dass das definitive Bauprogramm des nördlichen Teils der Kantonsstrasse vorliege. Mitte Juli werde gestartet, Ende Dezember sei man bis zum Feinbelag fertig. Es gebe also wieder eine intensive Bauzeit auf der Kantonsstrasse im Bereich Kirchweg bis Wegscheide.

Hans-Ruedi Jung dankt, dass der Gemeinderat bereits reagiert hat. Bezüglich Verbot rege er an, beim Dorfeingang statt eines Verbots einen Hinweis anzubringen, so wie man das bei vielen grösseren Ortschaften mit Umfahrung ersehen könne. Beim Pfeil, welcher Richtung Mattenhofkreisel zeigt, sollte man ein Lastwagensignal mit "Transit" anbringen. Danach wäre das Problem zum Teil gelöst, es wäre dann kein Verbot, aber wenigstens ein Hinweis für Lastwagenchauffeure, welche von Horw keine grosse Ahnung hätten, dass man eine Umfahrung habe und der Fahrer dem Pfeil mit Transit folgen könne. Das selbe könnte man dann Ennethorw auch anbringen. Der Lastwagenchauffeur könnte dann dem Lastwagentransit-Pfeil folgen.

**Das Dringliche Postulat Nr. 555/2005 "Durchsetzung Lastwagenfahrverbot Kirchweg" wird somit entgegen genommen.**

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

## **Traktandum 6**

**Dringliches Postulat Nr. 556/2005 Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Sanierung Seebad Horw**

*"Text des Dringlichen Postulates"*

Robert Odermatt nimmt zum Vorstoss Stellung. Vorerst möchte er sich beim Gemeinderat bedanken, dass er der Dringlichkeit zugestimmt hat. Ja, er sei für Sparen; ja, er habe die Vorschläge für eine Etappierung des neuen Sportplatzes unterstützt; ja, er habe sich für eine günstigere Version beim Sportplatz, insbesondere beim Gebäude, ausgesprochen. Es stimme, dass die SVP den neuen Sportplatz, so wie ihn die Mehrheit da im Rat beschlossen habe, nicht aktiv unterstützt hat, sondern sich neutral verhalten habe. Er werde auch eine Steuersenkung bei erster Gelegenheit unterstützen. Er würde auch gegen eine Luxusvariante seines eigenen Postulates des Seebades antreten. Aber das heisse noch lange nicht, dass die Gemeinde eine dringend notwendige Sanierung nicht durchführen soll und eine Infrastruktur vergammeln lassen soll. Deshalb habe er dieses dringliche Postulat eingereicht. Dass das Seebad Horw gleich neben dem Sportplatz liege, das sei reiner Zufall und habe mit der Sportplatzvariante lediglich indirekt etwas zu tun. Er bitte den Rat, diese beiden Projekte nicht miteinander zu vermischen. Das Land des Seebades Horw gehöre der Gemeinde, die Gebäude jedoch gehören der Genossenschaft Seebad Horw. Auch der Betrieb des Seebades Horw werde durch diese Genossenschaft durchgeführt. Das Seebad Horw ist wunderbar gelegen, der Rasen und der Strand seien in einem sehr guten Zustand, auf der Bildlegende, welche dem Postulat beilag, könne man das ersehen. Die Anlage sei sehr idyllisch. Die Gebäude präsentieren sich sehr unterschiedlich, die Garderoben und die WC seien teilweise in einem guten Zustand, viele Garderoben seien aber in einem schlechten Zustand. Ganz schlimm jedoch sehe die Fassade auf der Nord- und Ostseite aus. Die andern Fotos sprechen auch eine deutliche Sprache. Man könne sich auf den Standpunkt stellen, dass die Sanie-

rung des Seebades Horw gar nicht Aufgabe der Gemeinde sei. Rein rechtlich gesehen sei dieser Standpunkt absolut richtig, man könne aber nicht alles nur vom rechtlichen Standpunkt aus sehen. Es gebe Situationen, welche speziell seien, die vorliegende sei nun eine solche, und diese müsse man auch aus einem speziellen Blickwinkel betrachten. Die Genossenschaft Seebad habe jährliche Einnahmen von zwischen Fr. 50'000.00 und Fr. 60'000.00, je nach Saison. Sie werde nie in der Lage sein, eine Sanierung der Gebäude aus den eigenen Mitteln durchzuführen. Es könnte dann der Tag kommen, wenn die Gemeinde sich plötzlich gezwungen sähe, das gesamte Seebad Horw selber zu führen, das wiederum würde die Gemeinde ein Mehrfaches kosten, als die Fr. 7'000.00, welche die Gemeinde bislang jährlich zahlte. Solange das Seebad durch eine Genossenschaft geführt werde, sei das sicher weitaus die günstigste Variante, und zu dieser sollte man möglichst lange Sorge tragen. In diesem Zusammenhang komme er auf den Punkt 2 des Postulates zu sprechen, wonach es im ureigensten Interesse der Gemeinde liege, dass das Seebad Horw keine Umstatzeinbusse infolge Bauarbeiten beim Sportplatz hinnehmen müsse; jeden Franken, welchen das Seebad Horw nicht einnehme, bezahle früher oder später die Gemeinde Horw aus der eigenen Tasche. Deshalb bitte er den Gemeinderat, auch in diesem Punkt für optimalste Bedingungen zu sorgen. Im Legislaturplan sei zwar im Jahr 2008 etwas für eine Planung vorgesehen, doch er denke, dass man nicht so lange warten soll und das jetzt in Angriff nehmen. Das Seebad Horw sei als Anlage sehr schön und werde besonders auch als Familienbad sehr geschätzt. Das Seebad sei neben einem internationalen Campingplatz situiert und die Besuchenden dieses Campingplatzes betrachten diese Badeanlage quasi als Einheit mit dem Campingplatz. Im jetzigen Zustand gebe die Seebadi ein falsches Image der Gemeinde How ab, hier hätte man nun die Möglichkeit, das zu korrigieren. Wenn man schon 10 Mio. Franken für eine neue Sportanlage ausgeben könne, dann könne es der Gemeinde Horw wohl nicht so schlecht gehen, dass man eine dringend notwendige Sanierung nicht machen könne bzw. hinaus schieben müsse. Wie weit die Sanierung gehen soll, da erwarte er vom Gemeinderat in ein paar Monaten einige Vorschläge. Eine neue Fassade und neue Dächer könnte man für Fr. 100'000.00 haben; man könnte auch zur Überzeugung kommen, die Garderoben teilweise abzureissen und neu zu bauen, dann könnte es sehr schnell eine 1 Mio. Franken kosten; das wäre für ihn dann aber die Schmerzgrenze. In diesem Sinne hoffe er, dass man nicht plötzlich mit der grossen Kelle anrichten wolle, den man müsse ja nicht dem Alpamare Konkurrenz machen. Er hoffe, dass er sein Anliegen überbringen konnte und der Rat dieses unterstützen könne.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hofft, dass man auch dieses Jahr das Seebad Horw noch gebrauchen könne, er halte aber gleichzeitig fest, dass der Gemeinderat die grosse Arbeit der Genossenschaft Seebad Horw - vor allem auch jene des Vorstandes - sehr schätze. Man sei in gutem und engem Kontakt mit dem Vorstand und man habe die Situation vor kurzem wieder zusammen erörtert. Die Sportanlagen Seefeld - welche übrigens 8 Mio. Franken kosten - sollen zuerst als Paket abgeschlossen werden. Anlässlich der Behandlung des Legislaturplanes wurden die Diskussionen in dem Sinne geführt, dass das Seebad wohl im 2008 vorgesehen sei, aber dass man die Arbeiten sicher anschliessend an jene der Sportanlagen Seefeld in Angriff werden könne. Es wäre schade, wenn man nun neben schönen, neuen Sportanlagen ein eher unansehnliches Seebad Horw präsentieren müsste. Übrigens wurden in den letzten Jahren stets einige kleinere Sanierungen im Seebad getätigt. Den Zeitraum könnte man festlegen, nämlich die Sanierungsarbeiten des Seebades Horw sogleich nach den Bauarbeiten bei den Sportanlagen Seefeld an die Hand zu nehmen. Das mache auch Sinn im Hinblick zu den Zufahrten, zur Planung usw. Zum Thema Parkplatz müsse gesagt werden, dass dieses ebenfalls vor Ort angeschaut wurde, vor Saisonöffnung. Die Genossenschaft Seebad habe selber schon grosse Initiative gezeigt und die Gemeinde habe ebenfalls probiert, sich zu engagieren. Parkmöglichkeiten am Wochenende bestehen bei der Hochschule für Technik und Architektur, bei der Firma Edwards nach Rückfrage; die Variante Werkhof müsse vorläufig zurückgestellt werden. Ferner bestehen Parkmöglichkeiten bei der Sand und Kies AG, weil dort in nächster Zeit die grossen Kieshügel verschwinden werden. Die Firma biete grosszügig dazu Hand, dass auf diesem Areal am Wochenende parkiert werden könne, ebenfalls bei der alten Ausfahrt zur Sand und Kies AG. Dank der Initiative des Vorstandes werden die Gäste ab sofort informiert, dass nach Möglichkeit die öffentlichen Verkehrsmittel benützt werden soll, zumindest für diese Saison. Man habe sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft und man sei auf gutem Wege. Selbstverständlich sei man seitens des Gemeinderates bereit, diesen Beitrag neu anzuschauen, das werde auch Auswirkungen auf die Sanierungsarbeiten haben, ein Finanzierungskonzept könne ins Auge gefasst werden. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass die Fragen des Postulanten soweit erledigt seien und empfehle, das Postulat abzuweisen.

Robert Odermatt verlangt Diskussion.

**Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.**

Robert Odermatt versteht nicht ganz, weshalb der Gemeinderat das Postulat zurückweisen wolle. Grundsätzlich sei man ja weitgehend gleicher Meinung. Terminlich müsse man einfach eine gute Lösung finden, um ein paar Monate komme es nicht darauf an. Bezüglich Parkplätze müsse er festhalten, dass die Genossenschaft zumindest die letzte Woche noch keine gute Lösung präsentieren konnte, auch die Variante mit der Sand und Kies war die letzte Woche noch nicht zufriedenstellend. Weshalb man nun auf dem alten

Werkhofareal nun nicht parkieren könne, das sehe er nicht ein. Er könne von seinem Büro aus beobachten, wie oft Verkehrsbewegungen auf diesem Areal stattfinden. So gesehen bitte er um eine Abstimmung und hoffe, dass das Postulat überwiesen werde.

Alwin Larcher weist darauf hin, dass im Postulat drei konkrete Fragen vorliegen. Die Frage zwei sei aufgegleist, man werde das Möglichste tun und der Gemeindeammann konnte bereits konkrete Angaben machen. Die Frage eins benötige eine vertiefte Beurteilung und es wäre schön, wenn man innert nützlicher Frist etwas Schriftliches in der Hand hätte. Das selbe gelte für Punkt drei, welcher die Finanzen anspreche. Es werde aufgeworfen, dass es nicht mehr lange möglich sei, dass eine Genossenschaft dieses Seebad in eigener Regie und mit eigenen Mitteln betreiben könne. Man wisse nun, dass der Gemeinderat nun auch den finanziellen Aspekt unter die Lupe nehmen möchte. Das sei sicher nicht sehr dringlich, dennoch wichtig, in Zukunft zu wissen, in welcher Form und in welchem Umfang die Gemeinde bereit sei, dieses Seebad zu unterstützen. Er wäre für die Überweisung des Postulates.

Jörg Stalder hält fest, dass die L2O sehr Freude an diesem Postulat habe. Es sei schön, dass es aus dem Bereich der SVP lanciert wurde. Es werde ein altes Anliegen der L2O aufgenommen, die Vertretenden der L2O hätten schon sehr lange bevor das Projekt Sportanlagen Seefeld zur Sprache kam darauf tendiert, das Seebad in die Sportplatzplanung mit einzubeziehen und das Ganze als Einheit beurteile. Zumindest Punkt eins sei sicher noch nicht abgeschlossen und man wäre froh, wenn man hier das Ganze an die Hand nehmen könnte. Eine innovative Planung sei durchzuführen; das familienfreundliche Bad, welches auf einem familienfreundlichen Stand stehen geblieben sei, sollte in eine moderne familienfreundliche Badi zu überführen. Sicher sei das ein Aufwand, doch es stünde der Gemeinde Horw gut an, sich dafür bereit zu erklären. Wie ausgeführt worden sei, sei das Bad durch das Verschwinden der Bäume vermehrt in Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Es wäre schön, wenn bei der Eröffnung der Sportanlagen auch das Seebad Horw ansprechend präsentiert werden könnte. In diesem Sinne sei die L2O für die Dringlichkeit und die Überweisung des Postulates.

Roger Jenni macht dem Rat ebenfalls beliebt, dieses Postulat zu überweisen. Es komme eine gewisse Verunsicherung auf, ob nun diese Sanierung Fr. 100'000.00 oder gar 1 Mio. Franken kosten soll. Wenn man so etwas realisieren wolle, gehe dem ein Planungskredit voraus. Bei der Unterbreitung eines Bericht und Antrages könnte man dann das Nähere beurteilen und die Dimensionen vernünftig oder unvernünftig finden. Das sei die Voraussetzung, dass ein solches Postulat überwiesen werden müsse, dass man überhaupt zu Gesichte bekomme, was effektiv realisiert werden soll. Wenn man letztlich gegen eine Sanierung wäre, hätte man dannzumal die Möglichkeit, das abzuweisen. Man sei im Rat vermutlich einhellig der Meinung, dass das Seebad Horw zumindest visuell ein wenig ein Schandfleck darstelle. Das Postulat veranlasse ja, dass dagegen etwas unternommen werde. Bei Ängsten vor einem zu grossen Umfang müsste man bei der Behandlung des Planungskredites intervenieren.

Brigitte Germann-Arnold hält fest, dass der Postulant vergessen habe, dass das Seebad Horw auch neben dem Schutzgebiet von nationaler Bedeutung. Es sei ihr ein Anliegen, das Postulat zu überweisen, damit auch dieser Punkt berücksichtigt werde. Bei der Umgebungsgestaltung müsse man darauf Rücksicht nehmen, auch wenn es eventuell etwas kosten würde.

Jan Holecek erinnert an die Fasnacht 2002, als der Quartierverein Ennethorw aufgezeigt hatte, dass man es nicht verstehe, dass man die Sportanlagen saniert und das Seebad nicht. Der Quartierverein Ennethorw sei schon lange dafür, dass das Seebad Horw saniert werde. Er möchte sich Alwin Larcher anschliessen, indem es sinnvoll wäre, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, welche aufzeigen würde, was es kosten würde, diese Anlage sanft zu sanieren.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein kann nach dieser überzeugenden Unterstützung der Sanierung des Seebades Horw namens des Gemeinderates mitteilen, dass dieser bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen. Es werde in vernünftiger Zeit nach einer guten Lösung geschaut.

**Das Dringliche Postulat Nr. 556/2005 "Sanierung Seebad Horw" wird somit entgegen genommen.**

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

Robert Odermatt dankt allen Anwesenden für die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. ER sei überzeugt, dass es eine gute und vernünftige Angelegenheit geben werde.

## **Traktandum 7**

**Postulat Nr. 550/2005 Roger Jenni, FDP: Verslummung des Ladenmixes entlang der Kantonsstrasse**

Einwohneratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann weist darauf hin, dass Traktandum 7 und 8 gemeinsam behandelt werden, aufgrund ihrer selben Thematik. Der Postulant und der Interpellant seien nach Rücksprache mit diesem Vorgehen einverstanden.

### **Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

#### *"Text des Postulates"*

Roger Jenni erläutert seinen Vorstoss. Die Hinterfragung unserer freien Marktwirtschaft sei mit diesem Postulat bestimmt nicht gemeint. Die Selbstregulierung sei ein Teil unseres Systems. Doch in unserem Dorf nehme diese Selbstregulierung eine ganz seltsame Eigendynamik an. Dass die Geschäftslokale entlang der Kantonsstrasse an Einkaufsniveau verloren hätten, das stellen alle im Grossen und Ganzen ca. gleichermaßen fest. Ihm sei es ein enormes Anliegen zu prüfen, ob dieser Zustand inskünftig so bleiben soll oder ob es ein Potenzial gebe, diese Attraktivität von dem von ihm beschriebenen Ladenmix zu erhöhen. Es sei ihm wichtig, dass Horw für ein breites Zielpublikum ein attraktives Einkaufsdorf sei. Die Existenz der bestehenden Betriebe dürfe nicht gefährdet werden, vorbehalten dass sie die Existenzberechtigung hätten. Es sei ihm auch wichtig, die verloren gegangene Laufkundschaft aus Hergiswil, welche nun unser Dorf umfahre, kompensieren zu können. Er möchte nicht irgendwelchen umsetzbaren Idee vorgreifen, da scheinen ihm die von ihm gewünschten Berater oder Arbeitsgruppen kompetenter zu sein, möchte aber anregen, bei den ganzen Anstrengungen des Gemeinderates auch Synergien zu Kriens zu suchen. Kriens sei im Moment an einem Projekt "Ortsmarketing"; ein ausgewiesener Spezialist aus Österreich, welcher bereits an anderen Schweizerischen Orten gute Dienste leistete, setzte das Projekt erfolgreich um. Er bitte den Gemeinderat, das Postulat entgegen zu nehmen, die Horwer Bevölkerung und das Gewerbe werde dafür sehr dankbar sein.

### **Traktandum 8**

#### **Interpellation Nr. 515/2005 Heinz Sigrist, FDP, und Mitunterzeichnende: Förderung von "Horw Zentrum"**

---

#### *"Text der Interpellation"*

Heinz Sigrist erklärt, dass er zu dieser Interpellation bereit schon einmal Ausführungen gemacht habe. Es gehe ihm darum, mit dieser Interpellation der Marke "Horw Zentrum" wieder einen Hauch zu geben. Es gehe ihm aber auch darum, das der Fokus, welcher von der Bevölkerung wahr genommen werde, dass es sich um ein Zentrum von Coop und Migros handle, etwas zu entschärfen. Es seien auch Detaillisten da, welche sich für das Zentrum stark machten, und diese hätten auch ein Anrecht, entsprechend wahr genommen zu werden. Auf die Beantwortung der Fragen in der Interpellation sei er gespannt, auf der anderen Seite sei es auch so, dass man bereits einiges in der Zwischenzeit in Angriff genommen habe. An dieser Stelle danke er dem Gemeinderat von Horw vorgängig recht herzlich, gerade aktuell für die Unterstützung für das Maifest, welches am kommenden Wochenende stattfindet. Das sei ein Teil, die Marke "Horw Zentrum" bekannt zu machen und zweitens, das "Züglein", diesen Wirtschaftskreis auf die Schiene zu bringen. Die Unterstützung, welche vom Gemeinderat bzw. von der Gemeinde her komme sei enorm. Auch wenn er nicht mehr Präsident des Gewerbevereins Horw sein stelle er fest, dass ein etwas anderer Wind pfeife als vorher. Die Unterstützung sei eindeutig besser, als sie in der Vergangenheit war, und das freue ihn ausserordentlich. Er sei gespannt auf die Beantwortung der Fragen.

Gemeindeamman Gianmarco Helfenstein ist im Namen des Gemeinderates froh, dass er beide Vorstösse miteinander behandeln dürfe, weil einiges überlappt werde oder sich die Themen ergänzen. Der Postulant Roger Jenni stellte fest, dass Horw tatsächlich ein gepflegtes und schönes Ortsbild erhalten habe. Er stelle auch richtigerweise fest, dass Metzgereien und Bäckereien verschwunden seien, übrigens eine Tatsache, welche auch die CVP-Umfrage zutage brachte. Er erinnere daran, dass Horw früher einmal sieben Metzgereien gehabt habe, heute sei es nebst den Grossverteilern Coop und Migros noch eine. Nach Ansicht des Postulanten habe auch das Einkaufsniveau verloren; da sei der Gemeinderat auch der Ansicht, dass vor allem das Einkaufsverhalten in Horw sich geändert habe, das sei auch entscheidend für den Ladenmix. Die Forderungen des Postulanten kamen für den Gemeinderat etwas überraschend, weil man doch seit einiger Zeit zusammen mit Heinz Sigrist, mit dem Gewerbeverein, die Sache "Wirtschaftsförderung" an die Hand genommen habe. Mit der Arbeitsgruppe "IG Kantonsstrasse - Horw Zentrum" habe man in einer kleineren Gruppierung versucht, einfach zu analysieren, welches die Gründe für die im Moment vorherrschende Situation in Horw seien. Man müsse ersehen, dass man in guter Gesellschaft; auch Kriens unternehme Anstrengungen, um die Wirtschaft zu fördern. Es sei dort ein Budget von ca. Fr. 80'000.00 vorhanden, ca. Fr. 40'000.00 bis Fr. 50'000.00 gehen dort an ein Meinungsforschungsinstitut für Analysen, was in Kriens nicht gut laufe. Die Arbeitsgruppe versuchte, ihre Zielsetzungen zu formulieren. Es sei nicht neu, dass etwas auf die Beine gestellt werden müsse, bevor die Eröffnung des Pilatusmarktes im Schlund stattfindet. Das sei

dann der Moment, wo man den Markt spielen lassen müsse. Es könne auch nicht sein, dass einerseits der Gemeinderat ins Gewerbe eingreife oder dass mit Vergünstigungen ungleiche Ellen vorherrschen würden. In dieser Arbeitsgruppe, welche sukzessive mit Leuten vom Gewerbe im Ortskern erweitert wurde, zeigte man Grundsätze auf, welche es zu beachten gelte. Einzig fehle im Moment noch etwas die ideelle Unterstützung der Grossverteiler. Man wolle nicht lediglich den Ortskern, sondern alles etwas pflegen und hegen, deshalb habe man auch die Veranstaltung vom kommenden Wochenende auf die Beine gestellt, welche sich über das ganze Gebiet erstreckte. Diese Veranstaltung habe sehr viel Engagement seitens des Gewerbes, aber auch seitens der Verwaltung erfordert. Man sehe, welches die Grundsätze seien, die Zusammenarbeit soll vorherrschen, wo die Gemeinde mit Manpower unterstützend helfen könne, soll sie dabei sein. Primär seien es die Gewerbetreibenden, welche ihre Tätigkeiten, ihre Dienstleistungen präsentieren und verkaufen müssten. Heinz Sigrist und er hätten in den vergangenen sechs Wochen, als man dieses Maifest organisierte, ein sehr grosses Engagement von allen Betroffenen erleben dürfen. Das sei ein guter Start, man gab nicht Geld für eine Analyse aus, sondern man gebar eine Idee, und letztlich werde das Gesamte mit dem "Züglein" des Modelleisenbahnclubs Horw, welches die Verbindung zwischen dem Kirchmättli bis zum Denner herstelle. Das sei ein guter Anfang, hier könne man weiter aufbauen, um bessere Möglichkeiten zu schaffen. Die Arbeitsgruppe bestand schon seit längerem, und Anfang Juni werde eine weitere Sitzung statt finden. Es herrsche die Meinung vor, dass sich die Gemeinde dann zurück ziehe und nicht mehr mitrede. Wenn dann wieder Ideen und ein Budget vorhanden seien, dann könne der Gemeinderat dann wieder entscheiden, ob ein Engagement in finanzieller Hinsicht im Raum liege. Abschliessend werde man überrascht sein, was alles bereits terminiert sei. Man startete mit dem Frühlingmarkt, jetzt komme das Maifest mit dem Anlass des Schreinermeisterverbandes, dann folgen weitere Veranstaltungen im Rahmen des Gewerbes. Man wolle auf die Bevölkerung zugehen und ihr einen Event ermöglichen. Vor allem soll die Freude geweckt werden, wieder in Horw einzukaufen. Das sei ja der springende Punkt. Ein Absatzmarkt benötige Kundschaft, und die Kundschaft wünsche einen Branchenmix. Man müsse aber aktiv sein, mit dem begonnen Vorgehen soll die Freude am Einkaufen wieder geweckt werden. Die Leute soll man nicht in den Shopping Centern, sondern in Horw antreffen, das sei das Ziel der IG Horw Zentrum. Bezüglich Postulat glaube er, dass man mit den Rahmenbedingungen sicher ein Konzept schaffen könne. Das können Unterstützungen seitens des Gewerbevereins sein, die Arbeitsgruppe sei installiert, daraus sollen geeignete Wirtschaftsförderungsmassnahmen getroffen werden. Bezüglich Anreiz werde sich auch die Gemeinde noch engagieren, sofern möglich, beispielsweise Anfragen bei Verbänden wie den Metzgermeisterverband. Er hatte bereits gute Gespräche mit einigen Personen in dieser Branche, oftmals höre man dann die Antwort, dass die Investition gerade für eine Metzgerei sehr hoch sei. Die Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein sei für den Gemeinderat von grosser Priorität. Bezüglich Interpellation könne er antworten, dass er Ansprechperson in Sachen Wirtschaft sei, und er sei immer bereit, Anliegen entgegen zu nehmen. Im Rahmen der Baubewilligung wurden die Pilonen bewilligt für die LUPK als Bauherrin, welche auch die Fahnen erstellte. Bezüglich Aufhängen von Fahnen müsse man sich mit der LUPK in Verbindung setzen. Es gebe ein entsprechendes Reklamegesuch, welches vom Gemeinderat bewilligt werden müsse. Die Variante stehe aber offen. Gemäss Baubewilligung seien sechs Logos möglich, er persönlich frage sich, was die Werbewirksamkeit sei, wenn mehr als drei oder vier oder fünf Logos enthalten seien. Allenfalls würde das die Autofahrenden mehr irritieren, als dass es eine Werbewirksamkeit hätte. Auch in diesem Bereich müsse man über die LUPK gehen, natürlich werde diese eine Kostenbeteiligung verlangen. Im Zusammenhang mit dem Leitbild "Räumliche Entwicklung" habe sich der Gemeinderat in der Vergangenheit Gedanken gemacht und unterstütze die Aktivitäten in "Horw Zentrum"; Angebot und Nachfrage müssen sich jedoch in etwa die Waage halten. Abschliessend erwähne er nochmals, dass das OK Maifest sehr erfreut sei, wenn möglichst viele Besuchende am Wochenende erscheinen. Er hoffe auf einen gelungenen Anlass, dies auch im Sinne des Gewerbes. Über die Form der Arbeitsgruppe werde anlässlich der Sitzung im Juni gesprochen, aus allen Bereichen, das heisst Kirchmättli, Kantonsstrasse, Gemeindehausplatz und Marktgasse möchte man je zwei Personen involvieren. Selbstverständlich möchte man auch beim Vorliegen eines entsprechenden Konzeptes wieder eine Budgetposition aufnehmen. Das Projekt "Lust auf Kriens" sei ihm bekannt, Kriens verfüge bereits über ein solches Budget, soviel er wisse, beteilige sich die Gemeinde Kriens am Budget von Fr. 85'000.00 mit Fr. 35'000.00. Das sei eine gute Idee. Man müsse die Lust am Einkaufen fördern. Das Postulat von Roger Jenni werde namens des Gemeinderates entgegen genommen.

Hans-Ruedi Jung beantragt Diskussion.

**Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Hans-Ruedi Jung findet die Stossrichtung des Postulates teilweise grundsätzlich richtig - die Interpellation sei genügend abgehandelt worden - und er sei auch froh, dass Roger Jenni dieses eingegeben habe. Zwei Dinge jedoch hätten ihn aber etwas wütend gemacht und bei zwei bis drei Dingen setze er ein Fragezeichen. Wütend gemacht hätte ihn der Ausdruck "Verslummung des Ladenmixes entlang der Kantonsstrasse". Selbst wenn man die Kantonsstrasse nördlich der jetzt beruhigten Kantonsstrasse nähme, dann könne man also nicht von einer Verslummung sprechen, nur weil ein oder zwei Fast-Food-Betriebe oder ausländische Verpfleger sich dort angesiedelt hatten. Beginnend beim Dorfeingang tue man vielen dort sei langem ansäs-

sigen Geschäften unrecht, wenn man diesen Ausdruck benütze. Er erinnere an Geschäfte wie Heer Lederwaren oder die Bäckerei Sutter. Oder weiter der Speed Discount, das alles seien alt eingesessene Geschäfte, und dort könne man nun wirklich nicht von einer Verslummung sprechen. Im Gegenteil, diese tragen weiterhin zu einem interessanten Ladenmix gerade in diesem Teil des Dorfes bei, wo es heute schwieriger geworden sei, das Geschäft aufrecht zu erhalten. Eigentlich sei er etwas enttäuscht über diesen Ausdruck und es tue ihm auch selber etwas weh, da er nun selber auch Gewerbebetreibender sei und dadurch wisse, was es bedeute, an solchen Standorten sein Geschäft aufrecht erhalten zu müssen oder können. Ferner frage er, weshalb dieses Postulat erst jetzt komme. Im Jahre 2002 habe der Einwohnerrat über ein Postulat von Silvia Simoes-Bolliger, welches genau diese Stossrichtung verfolgte, befunden. Es ging damals um die Attraktivierung im nördlichen Teil der Kantonsstrasse. Einerseits wurde dieses Postulat vom Gemeinderat nicht entgegen genommen und angesichts der heftigsten Opposition aus den Reihen der FDP sei dieses anschliessend zurück gezogen worden, weil es keine Chance hatte. Drei Jahre lang seien nun vergangen, welche lediglich teilweise genutzt wurden, was an sich bedauerlich sei. Er sei aber froh um die Initiative, welche nun laufe, das sei der richtige Weg. Fraglich für ihn seien die Vorstellungen, gerade bei Punkt vier im Postulat, bezüglich die von der Gemeinde Horw gewünschten Geschäfte. Das sei aus seiner Sicht ein Eingriff in die Gewerbefreiheit. Man könne doch vom Staat her nicht lenken, welche Geschäfte man nun wünsche und welche nicht, das regle der Markt, jener Markt, wessen die FDP stets erwähne. Das sei ein freier, effizienter Markt, welcher regle, was nun komme und was nicht. Wenn man nun in diesen Markt eingreife, dann müsse man definieren, was die Gemeinde wolle und was nicht. Wer ist dann die Gemeinde Horw, welche definiere, was sie wolle und was nicht? Da werde man an Schwierigkeiten stossen. Aus diesem Grunde bitte er, das Postulat lediglich teilweise entgegen zu nehmen, nämlich Punkt vier auszuklammern. Man könne nicht Anreize für erwünschte Geschäfte für den Start schaffen. Ansonsten bewege man sich auf gefährlichem Terrain, man greife dann ins Gewerbe ein. Was gewünscht werde und was nicht, das bestimme der Markt. Er möchte es konsequent durchgezogen habe. Wenn man sehe, dass sich die Dinge schlecht entwickeln, könne man immer noch geeignete Massnahmen ergreifen, aber im Moment sei das nicht angezeigt. Ferner müsse man sich auch vor Augen halten, welche Geschäfte im Zentrum, die den täglich Gebrauch abdecken, nicht in eigenen Räumlichkeiten sind. Das sei praktisch keine einziges Geschäft, welches den täglichen Bedarf anbieten, ausser die drei Grossverteilern. Diese können die Zinsen bezahlen. Neben den Personalkosten kommen sofort die Mietzinskosten. Wenn diese nicht durch extremen Umsatz und durch externes Generieren von Verkauf gedeckt werden können, mache man Minus. Das möchte er zuhanden des Gemeindevorstandes sagen, diese Mietzinsen seien ein Problem. Praktisch alle Geschäfte, welche tägliche Güter im Dorf anbieten, hätten günstige Mietzinsen oder befänden sich in eigenen Räumen.

Roger Jenni erklärt, dass Hans-Ruedi Jung ihn falsch verstanden habe. Er zitiere aus dem Text: "... wo sich einst stolze Bäckereien, Metzgereien und sonstige spezialisierte Fachgeschäfte befanden..."; damit meine er genau Geschäfte wie Speed Discount, Lederwaren Heer oder Bäckerei Sutter. Vor drei Jahren war er der erste gewesen, am System der Marktwirtschaft nicht rütteln zu wollen. Vor drei Jahren war auch noch nicht voraussehbar, dass es so heraus kommen würde wie heute. Deshalb sei er vor drei Jahren dagegen gewesen, und heute sei er dafür, dass man dagegen etwas unternehme. Er sei nicht primär gegen diese Geschäfte, doch er stelle fest, dass in Horw gewisse Kundenbedürfnisse nicht mehr befriedigt werden. Deshalb erscheine es ihm wichtig, dass dieses Postulat überwiesen werde. Ob es nun letztlich in allen Belangen erfüllt werden könne oder nicht, das werde sich weisen. Aber das sei kein Grund, das Postulat nicht zu überweisen. Angesprochene Anreize, welche er gemäss Punkt vier im Postulat fordere, müssen nicht unbedingt materieller Natur sein. Er stelle sich vor, dass beispielsweise eine Metzgerei, welche nun in den Ortskern komme, dass durch die Synergien andere auch profitieren. Wenn eine Frischmetzgerei bestehe, profitieren rund herum alle anderen Geschäfte auch. Diese Rechnung könnte sich für die Gemeinde lohnen, nämlich dann, wenn sich die Wirtschaftlichkeit der Geschäfte erhöhe. Das sei damit gemeint. Er bitte den Rat, dem Postulat zuzustimmen. Gewerbe und Bevölkerung sollen davon profitieren, was konkret umgesetzt werden könne, das sei nicht mit Heller und Pfennig angegeben.

Sacha Woodtli begrüsst es, dass die Gemeinde mit dem Gewerbe zusammen arbeiten wolle, er finde es auch stark, dass man Events wie nun das Maifest plane. Ihn störe es, denn die Gemeinde habe relativ sicher investiert für das Gewerbe mit einem schönen Dorfplatz und Parkplätzen direkt vor dem Eingang, und nur wegen einer Metzgerei habe man nicht mehr Leute im Dorf. Er frage dann, welche Gewerbe dann gewünscht werden. Manchmal fehle es aber auch an der Innovation einzelner Geschäfte, dass nicht mehr laufe.

Pia Christen-Martino unterstützt Hans-Ruedi Jung, dass dieses Postulat lediglich teilweise überwiesen werden soll. Sie persönlich machte es auch sehr betroffen, dass man einen Ausdruck wie "Verslummung" gebrauche; sie habe nicht das Gefühl, dass dies so sei. Anscheinend habe sich auch das Verhalten verändert, Bedürfnisse bezüglich Metzgereien hätten sich minimiert, heute seien Kebab und Co. gefragt. Dieser Tatsache müsse man einfach ins Auge schauen. Wichtig erscheine ihr auch die Integration dieser Imbisslokale, auch die Zusammenarbeit und den Dialog müssen man suchen. Das seien auch spezialisierte Fachgeschäfte, die Zusammenarbeit sei zu suchen.

Hans-Ruedi Jung hält an seinem Antrag fest; das Postulat sei ohne Punkt vier zu überweisen. Es sei ein Eingriff in die Gewerbefreiheit, wenn man nun bei Geschäften sage, was gut und was nicht gut sei. Man wisse eigentlich schon, was gewünscht werde und was nicht, das habe auch die Umfrage zutage gebracht. Einerseits sei es ein gewisses Angebot, das fehle, andererseits sei es auch die Innovation gewisser Geschäfte, die bemängelt wurde. Gewisse Sachen wurden erwähnt, umgekehrt gebe es aber sehr innovative Geschäfte, die trotzdem ihre Mühe hätten. Man löse jedoch das Problem auch von denen nicht, indem man Einzelmassnahmen tätige. Hier greife man wirklich ordnungspolitisch in einen heiklen Bereich ein und er bitte den Rat, diesen Teil des Postulates nicht zu überweisen, denn der Gemeinderat könne und dürfe in diesem Bereich nicht aktiv werden. Richtig sei, Rahmenbedingungen zu schaffen und die Attraktivität generell fördern.

Irène Zingg-Vetter kann von jedem Redner irgend etwas heraus nehmen, was sie unterstützen kann. Vielleicht gehen gerade deshalb, weil wir über keine Metzgerei im Dorf verfügen, mehr Leute ausserhalb einkaufen. Wenn sie am Samstag einkaufen gehe, dann wolle sie in eine Metzgerei; nötigenfalls halt in der Stadt. Diese Synergien würde sie dann halt in der Stadt auch nutzen. Und genau diese Entwicklung soll ja gestoppt werden.

Roger Jenni kann sich damit einverstanden erklären, Punkt vier im Postulat auszuklammern. Ihm seien die andern Punkte im Postulat wichtiger, und er hoffe, dass das Postulat immerhin ohne Punkt vier überwiesen werde.

Erhard Kälin möchte auf das Votum von Hans-Ruedi Jung eingehen. Die Kantonsstrasse beginne ja nicht beim Kreisel Merkur und ende beim Kreisel Wegscheide, sondern sie beginne bereits beim Rank. Aufzählend die Restaurants entlang der Kantonsstrasse vom Rank bis zum Kreisel Merkur müsse er sagen, dass sich das Einkaufsverhalten anscheinend verändert habe.

Karin Probst hält fest, dass sich auch die L2O einer - wie vorgeschlagen - teilweisen Überweisung des Postulates anschliessen. Man sei aber etwas erstaunt über die späte Erkenntnis einer Tatsache, welche absehbar gewesen sei; die L2O habe sich stets stark gemacht für die Kantonsstrasse. Ganz klar möchte sich die L2O jedoch distanzieren von diesen populistischen Aussagen wie "Verslummung" und "Ramschladen", welche ganz hart zur Grenze zur Ehrverletzung gehen.

Rudolf Meier sagt, dass nun das Dorfzentrum mit den letzten Voten kapputt gemacht worden sei. Man habe ein gut funktionierendes Dorfzentrum und eine wunderbare Kantonsstrasse. Die Gemeinde machte die Infrastruktur für viele Geschäfte. Diesen Läden soll man nun auch Zeit geben, sich anpassen zu können. Jedes Zentrum benötige zwei bis drei Jahre, bis es funktioniere. Horw sei noch nicht so lange eröffnet; es brauche noch etwas Zeit. In absehbarer Zeit hätten wir eine Metzgerei in Horw, auch eine Bäckerei. Die Gemeinde soll die Infrastruktur schaffen und den Gewerbetreibenden die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und innovative Gewerbetreibende unterstützen. Die Wirtschaft soll sich selber regeln.

Thomas Zemp kommentiert das entsprechende Einwohnerrats-Protokoll vom Jahre 2002. Ihm sei bei der L2O auch schon aufgefallen, dass stets gesagt werde, "sie hätten es schon immer gesagt". Er rufe zuhänden der L2O-Fraktion in Erinnerung, dass damals, als der entsprechende Vorstoss von Silvia Simoes-Bolliger im Jahre 2002 behandelt wurde, gab es eine Fraktionsmeinung seitens der L2O, welche von Esther Maria Jost vertreten wurde. Er zitiere Esther Maria Jost "... ist namens der L2O-Fraktion auch gegen die Überweisung des Postulates, für ihre Fraktion komme der Vorstoss einer Kritik an die jetzt geplante Umgestaltung der Kantonsstrasse gleich, es sei nicht sinnvoll, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche ein an sich gutes Projekt wiederum konkurrenzieren. ..." Es sei interessant, wie die L2O ihre Meinung ändere.

Jörg Stalder meint, dass Äpfel und Birnen nicht miteinander verglichen werden können.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt sich im Namen des Gemeinderates bereit, das Postulat teilweise - also ohne Punkt 4 - entgegen zu nehmen.

**Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.**

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein fügt an, dass man nun ziemlich viele negative Punkte aufgezählt habe. Man müsse jedoch auch probieren, den Enthusiasmus mitzutragen und mitzuheben. Jene Meinung kam zum Vorschein, dass wohl gute Ideen vorhanden seien; doch man müsse auch aktiv mitziehen, dann komme es gut.

Heinz Sigrüst wünscht Diskussion bezüglich Erklärung zur Beantwortung seiner Interpellation.

### **Gegen dieses Ansinnen gibt es keine Opposition.**

Heinz Sigrist erklärt, dass er lediglich teilweise mit der Beantwortung seiner Interpellation befriedigt sei. Die Frage bezüglich Fahnenanlagen werde nun so beantwortet, dass das Thema bei der LUPK geregelt werden müsse. Er frage dann, wer dann das mache. Wenn er beispielsweise eine Horwer-Fahne oder eine Zentrums-Fahne und eine Coop-Fahne anbringen möchte; wie dann der Fokus von Coop und Migros wegfallen würde. Hier möchte er noch eine Beantwortung. Bezüglich Parkleittafel müssten die Betriebe - so wie er verstanden hatte - an die LUPK gelangen, wenn sie ihr Firmenlogo dort anzubringen gedenken. Er frage an, ob das richtig so wäre. Bezüglich Belegung des Zentrums möchte er an das Votum von Pia Christen-Martino anfügen, dass sich die Bedürfnisse hat etwas geändert hätten. Die ausländischen Verpflegungsäden laufen nämlich sehr gut. Ihm gefalle das wohl auch nicht sehr gut, aber hier müsse offenbar ein echtes Bedürfnis vorhanden sein, und man müsse lernen, mit diesem Umstand umzugehen. Ob das gut oder nicht gut sei, das sei nicht relevant.

### **Traktandum 9**

#### **Interpellation Nr. 509/2004 Sacha Woodtli, SVP, und Mitunterzeichnende: Millionengeschenke für reiche Steuerflüchtlinge**

---

##### *"Text der Interpellation"*

Sacha Woodtli zitiert die Beobachter-Schlagzeile (Ausgabe Oktober 2004): "Wir angeln uns einen Millionär". Bei einigen Steuerzahlenden sei diese Schlagzeile nicht allzu gut angekommen. Er rekapituliere kurz den zitierten Falle: Seitens eines deutschen Anwaltes wurde eine Anfrage gestartet, welche sehr verlockend tönte. Dieser habe für seinen Klienten - welcher über 230 Mio. Franken Vermögen und 14 Mio. Franken Einkommen pro Jahr verfügte - eine Bleibe in Form einer Villa gesucht. Park, Swimming Pool und Reitstall seien die Voraussetzung gewesen; falls das nicht möglich gewesen wäre, habe man die Frage nach entsprechendem Bauland gestellt. Bezüglich Infrastruktur war lediglich von Interesse, ob ein Landeplatz für Helikopter vorhanden wäre. Diese Anfrage - natürlich getürkt vom Beobachter - wurde an 32 Gemeinden jeweils an die Gemeinde- und Stadtpräsidenten gerichtet. 26 dieser 32 Gemeinden hätten ein Angebot gesandt, und mehr als ein Drittel aller Gemeinden hätten mit einem fiskalischen Schlupfloch - sprich Pauschalsteuern - geworben; darunter befand sich auch die Gemeinde Horw. Horw offerierte eine Pauschalsteuer von Fr. 960'000.00, das kam vom Kanton her, doch Horw sei sicher irgendwie involviert darin. Die reguläre Steuer übrigens wäre 5,5 Mio. Franken gewesen. Aus diesen Gründen bekam die SVP dann Anfragen, weshalb das so sei.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält im Namen des Gemeinderates fest, dass Horw offenbar am teuersten offeriert habe. Vom System her müsse er die Steuerpauschalierung wieder einmal wiederholen, für jene, die das noch nicht kennen. Die Gemeinde habe dazu überhaupt nichts zu sagen, das sei Sache des Kantons. Dieser halte sich an die Bundesgesetze bzw. an die kantonalen Gesetze. Es gebe auch ein Konkordat mit der Finanzdirektorenkonferenz, welche eine Konkordatskommission wähle. Diese überwache dann das Ganze. Bei Abweichungen oder fehlbarem Verhalten seitens der Kantone sollen entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Ein Gesuch um Steuerpauschalisierung werde an den entsprechenden Kanton gerichtet, dieser prüfe das, und es könne sein, dass die Gemeinden informiert werden, nicht etwa befragt, sondern lediglich informiert. Auch die Gemeinde Horw habe nicht gerade den Namen der Grosszügigkeit in dieser Beziehung. Horw sei tendentiell eher an der oberen Limite, und das bringe den Kanton vielfach in Verlegenheit. Was der Kanton abmache, müssen man - wohlverstanden mit natürlichen Personen - so akzeptieren. Bezüglich Frage zwei wiederhole er, dass der Kunde sicherlich suchen könne, doch dass die Gemeinde eine aktive oder aggressive Werbung betreibe, das sei nie der Fall gewesen. Die Steuerverwaltung des Kantons Luzern bekam neulich den Ruf, bei den juristischen Personen im Moment der günstigste Kanton für solche Pauschalierungen zu sein. Aber auch dort konnte Horw nicht Einfluss nehmen. Auch hier mache die Gemeinde nicht aktiv mit. Die dritte Frage beantworte er mit der allgemeinen Steuergerechtigkeit. Horw mache keine Angebote, deshalb sei diese Frage an sich hinfällig. Die Frage vier könne - wobei man von Pauschalierung sprechen müsse - damit beantwortet werden, indem eine ausländische Person - betrachtet als Normalbürger - welche nicht mehr über ein Einkommen verfügt, in einen solchen Genuss kommen könnte. Wenn diese Person lediglich aus dem Vermögen lebe und in die Schweiz komme, könnte diese das geltend machen. Eine Person schweizerischer Staatsangehörigkeit könne das lediglich im ersten Jahr, wenn sie von einem Auslandsaufenthalt zurück komme, geltend machen. Man besteuere dort nach Aufwand. Der Gesetzgeber habe das so eingerichtet, damit man eine Auswahl hätte, wenn man wieder zurück in die Schweiz komme. Aber nur das erste Jahr, in den folgenden Jahren würde sie dann normal besteuern. Das treffe aber ebenfalls nur zu bei schweizerischen Staatsangehörigen, welche nicht mehr erwerbstätig seien.

Sacha Woodtli beantragt Diskussion.

### **Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.**

Sacha Woodtli erklärt sich bezüglich Steuern mit der Beantwortung zufrieden. Die Geschichte mit dem Landeplatz für Helikopter würde ihn aber schon näher interessieren. Offenbar habe die Gemeinde Horw in diesem Bereich ebenfalls ein Angebot unterbreitet, oder wenigstens etwas Schriftliches weiter geleitet.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi denkt, dass vielleicht die Helikopterlandebewilligung in ihrem Ressort liege. Das Angebot wurde beantwortet, indem man sagte, dass Horw wohl über keinen Helikopterlandeplatz verfüge, es jedoch in der näheren Umgebung wie Buochs oder Emmen Flugplätze vorhanden seien. Selber könnte Horw das nicht anbieten, man müsste umliegende Landeplätze anfliegen.

### **Traktandum 10**

#### **Interpellation Nr. 510/2004 Heinz Sigrist, FDP, und Mitunterzeichnende: Entsorgung im Ökihof durch Auswärtige**

---

##### *"Text der Interpellation"*

Heinz Sigrist erläutert seinen Vorstoss. Als er persönlich beim Ökihof etwas entsorgte, sei ihm aufgefallen, dass er von einem Securitas-Angestellten plötzlich über seine Identität geprüft wurde. Nach Rückfrage wurde ihm gesagt, dass auch Auswärtige offenbar beim Ökihof entsorgen gehen, deshalb habe er seinen Vorstoss eingereicht; er sei gespannt auf dessen Beantwortung.

Gemeinderätin Susanne Heer nimmt zum Eingangstext keine Stellung. Hiezu könne man anlässlich der Besprechung der Rechnung 2005 etwas erläutern. Zu den Fragen: Der Securitas-Einsatz, welcher Heinz Sigrist kürzlich erlebte, der sei geplant gewesen. Nicht weil man vermehrt Fremdentsorgungen festgestellt habe, sondern weil man einmal stichprobenartig ermitteln wollte, wieviele Fremdentsorgungen es überhaupt gebe. Um ein möglichst genaues Resultat über mögliche Fremdbenutzende zu erhalten, habe man einerseits in den Monaten Februar bis Mai 2004 und andererseits in den Monaten Oktober bis November 2004 an verschiedenen Tagen Personenkontrollen durchgeführt. Mitarbeitende des Ökihofes hätten während ihrer Arbeit eigentlich nicht Gelegenheit, jeden einzelnen auf seine Herkunft hin zu kontrollieren. Sie machen jedoch stets Stichproben und die Entsorgenden werden dann auch nach ihrer Herkunft gefragt. Auswärtigen, das heisst Personen mit Kontrollschildern aus anderen Kantonen, werde sogleich mitgeteilt, dass sie beim Ökihof nicht entsorgen können und man weise sie weg, was keine Probleme verursache. Der Betrieb der Ökihofes sei zwar zurzeit noch nicht voll ausgelastet, es zeige sich jedoch, dass der Betrieb stetig zunehme. An jenen Tagen, an denen man Zählungen durchführte, gab es Spitzentage von 150 bis 160 Personen, welche entsorgten. Darunter seien aber auch Zügeltermine gefallen. Zu Frage 2: In ganz seltenen Fällen komme es vor, dass Personen "wild" etwas deponierten, ein Pfanne oder sonst etwas. Am Leodegarstag gabe es eine Ausnahme-Situation: der Ökihof war geschlossen, obwohl verschiedene Personen entsorgen wollten. Zu Frage 3: Bei der erwähnten Erhebung durch die Securitas habe man durchschnittlich 2,7 % Benutzende von auswärts gezählt. Dieser Anteil falle eigentlich nicht ins Gewicht. Aufwendungen und Erträge werden gemäss einem vertraglich festgelegten Verteiler in den Gemeinden Horw und Kriens belastet bzw. gut geschrieben, und die Entsorgungspreise könne man dem Entsorgungsmerkblatt entnehmen. Das seien Fr. 0,31 für Sperrgut pro Kilo usw. Zu Frage 4: Bereits beim Einrichten des Ökihofes habe man einen späteren Ausbau mit einer Zutrittskontrolle in die Planung mit einbezogen. Dabei seien Leerrohre für den Betrieb verschiedener Zutrittskontrollen in die Bodenplatten eingelegt worden, beispielsweise eine Barriere mit Kartenlesemöglichkeit. Für diesen Betrieb seien verschiedene Zutrittssysteme geprüft worden, man ermittelte auch Investitionskosten. Zurzeit liege jedoch nach dem Dafürhalten des Gemeinderates kein Handlungsbedarf vor, für eine fest installierte Zutrittskontrolle. Um eine Zahl möglicher Fremdbenutzende zu erhaben, sei der Einsatz uniformierter Securitas-Mitarbeitenden im Moment noch ein geeignetes und kostengünstiges Mittel. Anlässlich dieser Kontrollen im Oktober und November legte man auch folgendes Vorgehen fest: Diese Festlegung ging vorerst durch die Betriebskommission, dann via die Ökihof-Kommission, in welcher beide Gemeinden vertreten seien. Im Moment werden keine weiteren Massnahmen in die Wege geleitet. Die Arbeitsgruppe habe schon weitere Kontrollmöglichkeiten geprüft, man könnte auch einer auswärtigen Person beispielsweise sagen, dass grundsätzlich Fr. 20.00 bezahlt werden müsste, um etwas abgeben zu können. Der Sinn jedoch sei, dass der Ökihof den Horwern und Kriensern zur Verfügung stehe. Es gäbe die Möglichkeit, dass man die Ausweise und die Autoschilder überprüfen würde. Auch bei diesen Kontrollen wäre möglich, dass beispielsweise Verwandte mit einem Auto entsorgen kommen könnten. Es müsste ein System mit Schranken und Karten sein, welches dann auch nützen würde. Das wiederum gäbe wohl einen grösseren Verwaltungsaufwand in den Gemeinden, doch die Kontrollen könnten besser und genauer vorgenommen werden. Zu Frage 5: Nach der Eröffnung des neuen Pilatusmarktes werden wieder Erhebungen durch die Securitas vorgenommen. Der Rhythmus und die Häufigkeit bestimme die Arbeitsgruppe. Bei zunehmender Besucherzahl könne dank der geplanten Einrichtungen sofort reagiert werden, weil die Kostenberechnung

ebenfalls vorhanden sei. Dazu könne erwähnt werden, dass der Pilatusmarkt bei seiner Eröffnung gemäss Gestaltungsplanaufgabe auch ein eigenes Entsorgungskonzept vorweisen müsse. Der Besuchende des Einkaufszentrum müsse die Möglichkeit haben, gewisse Sachen dort zu lassen. Zu Frage 6: Eine Wegweisung aus dem Ökihofgrundstück sei möglich, es sei ein amtliches Betretungsverbot vorhanden, man könne verzeigen. Zu Frage 7: Eine Anzeige bei der Polizei sei möglich.

Heinz Sigrist beantragt Diskussion.

### **Diesem Vorhaben wird nicht opponiert**

Heinz Sigrist ist zum Teil zufrieden mit der Beantwortung. Er merke an, dass Auswärtige nicht lediglich jene Personen seien, die keine LU-Schild hätten. Es betreffe auch Personen aus andern Gemeinden wie Littau und andere Gemeinden. Ansonsten sei er zufrieden mit der Beantwortung. Er sei froh, dass man bei der Eröffnung des Pilatusmarktes nochmals Erhebungen tätige. Wenn mehr Leute kommen und die Entsorgung sich gleich in unmittelbarer Nähe befinde, so sei es gut möglich, dass schnelle Gratis-Entsorgungen getätigt würden. Diese Gratis-Entsorgungen würden die Gemeinde dann wieder Kosten verursachen, was nicht gut wäre. Es müsse geschaut werden, dass die Einrichtungen vorhanden seien, um schnell handeln zu können, damit man den von ihm befürchteten Gegebenheiten die Stirn bieten könne.

## **Traktandum 11**

### **Interpellation Nr. 512/2004 Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Überprüfung der Kundenfreundlichkeit beim Bauamt**

---

#### *"Text der Interpellation"*

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann merkt an, dass es nicht üblich sei, dass Vorstösse mit Anhängen persönlicher Natur versandt werden. Es bestünde die Gefahr, dass ein Fall hoch stilisiert werden könnte und es sei auch eine gewisse Öffentlichkeit, welche nicht in jedem Fall förderlich sei.

Robert Odermatt erläutert seine Interpellation. Der Auslöser seines Vorstosses finde man nun eben auf der Rückseite desselben. Dass sich Bauherren und Architekten beim Horwer Bauamt des öftern schikaniert vorkommen, das sei leider eine Tatsache. Dass diese Situation nicht Gemeinderätin Manuela Bernasconi angelastet werden könne, möchte er in aller Deutlichkeit festhalten. Dass ein Gewerbebetreibender, welcher sich selber vom Bauamt schikaniert vorkomme, argwöhnisch werde, wenn plötzlich drei Coop-Fahnen an einer exponierten Lage aufgestellt werden, das sei ihm nicht zu verübeln. Da diese Fahnen den Minimalabstand zur Strasse nicht einhalten, welchen man ein paar Monate vorher bei ihm selber noch gefordert habe, das sei Tatsache, und das habe ihn auch bewogen, dass er den Gang zum Bauamt suchte und sich erkundigte, ob die Coop über eine solche Bewilligung verfüge. Dass er dann vom Chef des Bauamtes die Antwort erhalte, das gehe ihn nichts an, sei schlecht inakzeptabel und stelle die Eignung dieser Person zumindest in Frage. Dass man ihm dann rate, er solle dann via Politik vorgehen, sofern er mehr wissen wolle, zeuge auch nicht von Kompetenz. Leider sei das keine Einzelfall. Vor zwei bis drei Monaten gab ihm selber der Filialleiter des Top Tip ein Baugesuch mit der Bitte, das für ihn abgeben zu können, weil dieser sich von der entsprechenden Dame nicht mehr abschätzig behandeln lassen wolle. Zurückkommend auf den ersten Fall zitiere er den Brief der Firma Bühlmann: "Nun frage ich dich, muss das sein, diese Bürokratie vom Hochbauamt?". Er schliesse sein Votum und möchte nun diese Frage an den Gemeinderat weiter leiten.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi gibt namens des Gemeinderates zu verstehen, dass sie nicht auf den persönlichen Fall eingehen könne, sie gebe einfach allgemein Antwort. Es sei nicht üblich, zu einzelnen Fällen Antwort zu geben, und beim Durchlesen der Interpellation werde der Fall nicht mehr explizit erwähnt. Sie möchte in diesem Rat nun nicht diesen Fall abhandeln, dann müsste man zumindest beide Seiten anhören. Sie gebe Auskunft zur Interpellation. Die Gemeindeverwaltung verfüge seit Jahren über Leitsätze, welche für die Mitarbeitenden verbindlich seien. Sie erläutere diese kurz am Hellraumprojektor, damit sie für alle Anwesenden ersichtlich seien. Scheinbar habe der Interpellant im Kundenkontakt mit der Verwaltung bereits gespürt, dass etwas in dieser Richtung unternommen werde. Auch das Baudepartement habe nebst den Leitsätzen der Gemeindeverwaltung Ziele formuliert, welche anzustreben seien. Die Mitarbeitenden des Baudepartementes seien bemüht, diese Ziele auch umzusetzen. Auch diese lege sie kurz auf dem Hellraumprojektor auf. Seit dem September 2004 sei man im Baudepartement daran, gewisse Umstrukturierungen vorzunehmen und gewisse Abläufe zu hinterfragen und zu verbessern. Wie man aus eigener Erfahrung wisse, sei es aus dem eigenen Betrieb oder aus dem täglichen Leben, benötigen Veränderungen Zeit und auch eine gewisse Beharrlichkeit. Kundenfreundlichkeit beziehe sich aber bei weitem nicht lediglich auf eine freundliche Auskunftspflicht, sondern diese bedeute auch, den Betrieb aus der Kundenoptik zu betrachten, auf die Wünsche der Kundschaft einzugehen; dabei dürfe aber nicht vergessen werden, dass auch in der Privatwirtschaft dem Kunden nicht jeden Wunsch erfüllt werden könnte, denn es gebe Grenzen von Kun-

denwünschen. Sinnvoll sei, dass sich die Verwaltung vermehrt auf die konkret erfragten Bedürfnisse der Kundschaft ausrichte. Dabei müssten nach wie vor die Gesetze und Verfahrensarten eingehalten werden und auch unbequeme Entscheidungen müssen durchgesetzt werden können. Die Gemeindeverwaltung Horw habe sicher noch verschiedentlich die Möglichkeit, ihre Kundenfreundlichkeit zu optimieren; natürlich immer bezogen auf die gesamte Verwaltung. Sie denke an eine vermehrte Ausrichtung nach Kundenbedürfnissen oder wie die Kundschaft im Gemeindehaus empfangen werden. Bei einigen Massnahmen werde auch der Einwohnerrat Einfluss nehmen können. Der Gemeinderat und die Verwaltung seien nach Möglichkeit stets bemüht zu optimieren. Zurück zum Baudepartement: Es sei klar, dass Kundenkontakte im Baudepartement nicht in jedem Falle einfach seien. Vor allem Kunden, welche davon überzeugt seien, dass ihr Gesuch sehr schnell, ohne Rückfragen, ohne Bedingungen und Auflagen behandelt werden müsse, benötigen stets besondere Aufmerksamkeit. Das Baudepartement sei bemüht, den Ansprüchen zu genügen, auch wenn die Auskunft bereits mehrmals erteilt wurde oder auf Unverständnis stosse. Es könne vorkommen, dass Kunden immer wieder mit dem selben Anliegen kommen und Auskünfte und die Argumente der Ansprechpersonen nicht akzeptieren. In solchen Situationen seien oftmals Nerven wie Drahtseile gefragt, und es sei nicht zu verleugnen, dass es Situationen geben könne, wo diese Drahtseile einmal reissen und die Antwort nicht so kundenfreundlich beim Gegenüber ankomme. Bei den vielen Kundenkontakten des Baudepartementes sei das möglich. Im Departement arbeiten Menschen und nicht Maschinen. Es gebe Tage, wo die Selbstbeherrschung eventuell einfacher falle und solche, wo das nicht unbedingt der Fall sei. Zurückkommend auf die Fragen: Der Gemeinderat sei der Meinung, dass sich die Mitarbeitenden an die Leitsätze der Gemeindeverwaltung und an die Ziele des Baudepartementes halten müssen. Das Baudepartement halte sich aber grundsätzlich daran, es scheint nicht richtig, wenn wegen ein paar wenigen Fällen das gesamte Baudepartement in seiner Arbeit und Auskunftspflicht angezweifelt werde. Es gebe viele Beispiele, wo man diese Problemfelder im direkten, freundlichen Kontakt mit dem Kunden löse. Sämtliche Kunden werden gleich behandelt, man mache sicher keine Unterschiede. Dass sich die Kunden mit Ihren Anliegen ungerecht behandelt vorkommen und kein Verständnis für Bedingungen und Auflagen aufbringen, sei nicht immer vermeidbar. Das Baudepartement lebe täglich in dieser Kritik. Anzumerken sei auch, dass der Kundenkontakt in einigen Fällen von den Mitarbeitenden grosse Selbstbeherrschung verlange. Es gebe Kunden, welche die Selbstbeherrschung völlig vergessen und geradezu beleidigend auf die Mitarbeitenden zugehen. Das sei keine Seltenheit, es gelte auch hier: "C'est le ton qui fait la musique". Der Gemeinderat vertrete die Auffassung, dass es keine Weisungen brauche, da das Baudepartement seinen Auftrag kenne. Eine gewisse Bürokratie sei notwendig, wenn alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt werden müssen. Es brauche die gesetzlichen Grundlagen und die ablauftechnischen Prozesse, nur so könne man annähernd garantieren, dass eine Gleichbehandlung gegeben sei. Es sei schwierig, wenn auf der Rückseite des Vorstosses ein persönlicher Brief aufgeführt sei; das fokussiere auf einen Fall, das wirke inszeniert. Sie orientiere auch, dass die GPK eine Sonderprüfung im Baudepartement vornehmen werde, und die Mitarbeitenden und sie selber werden bei dieser Gelegenheit gerne Auskunft über die Arbeit geben, wo man auch aufzeige, was und wie man umstrukturiere und welche Veränderungen bereits angegangen wurde. Es werde dann auch aufgezeigt, wie man die Arbeit in Zukunft im Baudepartement sehe.

Robert Odermatt ist von der Antwort teilweise befriedigt, obwohl sie die Problematik nicht löse. Eventuell werden weitere Vorstösse in dieser Sache folgen. Er beantrage die Diskussion jetzt nicht.

Brigitte Germann-Arnold beantragt Diskussion.

**Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.**

Brigitte Germann-Arnold hält fest, dass sie sich persönlich in einer gewissen Regelmässigkeit auf dem Horwer Bauamt aufhalte und sie selber nur gute Erfahrungen gemacht habe. Höchstens habe sie einmal eine Nachbarin erlebt, welche nicht allzu zuvorkommen über die Damen und Herren des Horwer Bauamtes sprach. Da auch ihre Kolleginnen und Kollegen der Pro Halbinsel sich in einer gewissen Regelmässigkeit auf dem Bauamt aufhalten habe sie diese unabhängig angefragt, wie diese über die Kundenfreundlichkeit des Horwer Bauamtes urteilen. Sie erhielt lauter positive Antworten wie "freundlich", "gute Information", "zuvorkommend" und "hilfsbereit". Das möchte sie zuhänden des Bauamtes weiter leiten.

Jan Holecek fragt an ob es stimme, dass im letzten Jahre ein externes Büro beauftragt worden sei, welches das Bauamt durchleuchtet habe auf Ausbildung, Abläufe usw. und dass dort etwas im Gange gewesen sei. Falls ja, wurden da Resultate präsentiert. Er habe lediglich etwas gehört.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi verneint das. Man habe lediglich, als der Gemeinderat neu bestellt worden sei, die Umstrukturierungen - sprich Departemente und Departementsvorstehende - durchleuchtet und geschaut, wie die Aufspaltung getätigt werden könnte. Das Ziel war ja, dass die Finanzen und das Bauwesen getrennt würden; für dieses Thema habe man externe Abklärungen getroffen. Man habe aber nicht die Abläufe des Baudepartementes unter die Lupe genommen, es ging um die Entflechtung. Dort habe eine auswärtige Firma geholfen, indem sie den Gemeinderat eine Art "gecouacht" habe. Man habe Fragen ge-

stellt, daraus resultierte dann auch die Prozentverteilung im Gemeinderat selber. Alles wurde dann neu aufgeteilt.

Jan Holecek fragt weiter, ob dort auch betrachtet wurde, über welche Ausbildung diese Leute verfügten.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi verneint das, das habe nichts mit dem Bauamt zu tun gehabt; es ging lediglich um die Führungsstruktur im Gemeinderat selber.

Jan Holecek ist froh, wenn das Bauamt in Zukunft im Zweifelsfalle für und nicht gegen den Bauherrn entscheidet. Lange Zeit sei beispielsweise für eine Aussenwärmethermik, wenn ein Haus saniert wurde, ein Näherbaurecht verlangt worden. Wenn zum Beispiel eine Unterdistanz zum Gebäude vorhanden gewesen sei, wonach die kantonale Gesetzgebung klar sagte, dass in einem solch speziellen Falle kein Näherbaurecht benötigt werde, habe das Horw sehr lange verlangt. Wenn man im Zweifelsfalle gegen den Bauherrn entscheide, sei das sehr ärgerlich. Wenn sich beispielsweise zwei Nachbarn nicht mögen, könne man vergessen, dass man das Haus dann sanieren könne.

Für getreues Protokoll

Die Einwohnerratspräsidentin

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Der Protokollführer